# :antifaschistische nachrichten

Nr. 16

g 3336 8.8.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de


## NPD-„Deutschlandfahrt“ in NRW

NRW. Die NPD will während des Bundestagswahlkampfs in Nordrhein-Westfalen eine „Deutschlandfahrt“ durchführen. Diese soll am 12. August beginnen und insgesamt 16 Kundgebungen umfassen. Im Rahmen dieser Wahlkampffahrt sollen „öffentlichkeitswirksam zentrale Stationen im Rheinland und Westfalen“ angesteuert werden, so der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer. *hma* ■

## Entlassungen im Priesterseminar

WÜRZBURG. Nach antisemitischen und rassistischen Vorfällen im Würzburger Priesterseminar (*siehe AN 12-2013*) sind nun zwei angehende Priester aus dem Ausbildungsinstitut entlassen worden. Eine eigens eingesetzte Untersuchungskommission stellte fest, dass ein Seminarist aus Bamberg mindestens drei „völlig inakzeptable und unerträgliche KZ-Witze“ erzählt und Adolf Hitler parodiert hatte. Letzteres gemeinsam mit einem Würzburger Seminaristen. Dieser hatte zudem ein Konzert der Südtiroler Band „Frei.Wild“ besucht und muss deswegen ebenfalls das Seminar verlassen. Einer der entlassenen Seminaristen habe außerdem beim Mittagessen nach einem „Neger zum Abräumen“ gerufen, was die Untersuchungskommission als „nicht hinnehmbare rassistische Äußerung“ bezeichnete. Ferner sei wiederholt der Badenweiler Marsch im Priesterseminar abgespielt worden, „im Wissen, dass es sich dabei um Hitlers Lieblingsmarsch handelte“, so die Untersuchungskommission. Nicht nachweisen lasse sich, dass am 20. April von einigen Seminaristen Adolf Hitlers Geburtstag gefeiert wurde. Ob noch ein weiterer Priesteramtsanwärter aus Bamberg das Institut verlassen muss, wird derzeit noch geprüft. Dieser soll der Untersuchungskommission zufolge über Gegendemonstranten gegen eine Nazi-Kundgebung am 1. Mai gesagt haben, diesen Leuten gehöre „eine reingehauen“

### Aus dem Inhalt:






Bad Nenndorf 2.8.2013; Foto: bee

# Wird es den Nazis in Bad Nenndorf zu bunt?

Zum achten Mal wurde am 3. August zu Protesten gegen den Aufmarsch der Neonazis und Rechtsextremisten vom Bürgerbündnis „Bad Nenndorf ist bunt“, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und antifaschistischen Gruppen aufgerufen.

„Den Propagandafeiern der Neonazis und Rechtsextremen entgegen treten – Bunt statt Braun“ war die inhaltliche Ausrichtung. Diesem Aufruf schlossen sich 2000 Menschen an. Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, Schulen, Bewohner aus Bad Nenndorf und Unterstützerinnen/Unterstützer von außerhalb prägten ein buntes Bild.

Im Vorfeld der geplanten Demonstration hatten die Grünen, die SPD und DIE LINKE einzelne Demonstrationen angemeldet, zogen diese aber zugunsten einer gemeinsamen Demonstration zurück.

Auch die Antifas, die zunächst eigene Aktionen planten, waren bei der Abschlusskundgebung und der späteren Sitzblockade dabei.

Die Ltd. Kreisverwaltungsdirektorin hatte bei einer gemeinsamen Demonstration und Kundgebung Entgegenkommen beim Verlauf der Demonstrationsstrecke signalisiert. Und dieses auch eingehalten. Die lang gestreckte Bahnhofstraße – bislang die zentrale Aufmarschroute der Rechtsextremisten und deshalb in diesen Kreisen von erheblichem Symbolwert – wurde Demonstrationsroute der Nazigegner.

2000 nahmen an der Abschlusskundgebung vor dem Wincklerbad teil. Das Bündnis, die Bürgermeisterin, Parteienvertreter – für die SPD Sebastian Edathy, Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschuss –, der Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen, ein Kirchenvertreter, eine Vertreterin der jüdischen Gemeinde in Niedersachsen drückten ihren Protest gegen den Aufmarsch der Nazis und rechte Ideologie aus. Bei einigen Beiträgen hätte man sich schärfere Aussagen gewünscht.

Nach Abschluss der Kundgebung beteiligten sich 800 Personen an der Sitzblockade vor dem Wincklerbad, das ab 16 Uhr als Kundgebungsort von den Nazis vor dem Verwaltungsgericht erstritten worden war. Aus dem Presseportal der Polizei: „Trotz mehrfacher Aufforderung weigerten sich die Demonstranten den Platz zu verlassen und setzten sich auf die Straße, so dass die Blockierer von der Polizei aus dem abgesperrten Bereich weggeführt bzw. getragen werden mussten.“ … Die Einschätzung des Gesamteinsatz-

*Fortsetzung Seite 2 unten*

oder auf „die Fresse gehauen“. Der Bericht der Untersuchungskommission ging auch an die Staatsanwaltschaft Würzburg, die mögliche strafrechtliche Konsequenzen prüfen wird. *hma* ■

## R&W-Lesertreffen im Harz

Herzbrock-Clarholz. Das 4. Lesertreffen der neofaschistischen Zeitschrift „Recht & Wahrheit“ soll vom 30. August bis 1. September im Harz stattfinden. „Recht & Wahrheit“ wird von Meinolf Schönborn aus Herzbrock-Clarholz, einem ehemaligen Aktivisten der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ herausgegeben. Als Referenten auf der Tagung werden der neurechte Theoretiker Dr. Pierre Krebs, 1980 Gründer des „Thule-Seminars“, Andreas Wolfgang Sauer von „Deutsche Schule e.V.“ und die Geschichtsrevisionistin Ursula Haverbeck angekündigt. *hma* ■

## Rechtsextreme Erst-August-Demo

Genf. Etwa ein Dutzend Rechtsextremer marschierten am 1. August durch den Genfer Vorort Versoix. In der Deutschschweiz waren die Rechtsextremen am Nationalfeiertag kaum aktiv.

Morgens kurz vor sieben Uhr marschierte am 1. August rund ein Dutzend Rechtsextremer durch den Genfer Vorort Versoix durch die menschenleeren Straßen. Die Kundgebung organisiert haben die beiden Gruppierungen Jeunesses Genevoises und Genève Non Conforme. Ein YouTube-Filmchen zeigt Männer mit Schweizer- und Walliserfahne, einem Megafon, einer Fackel und dem Transparent „Heil Dir Helvetia“. Sie skandieren Parolen („Frei, sozial und national“) und gruppieren sich an einem unbekannten Ort zu einem Halbkreis. Ein namentlich nicht genannter Redner hält eine kurze Ansprache, in der er das „feindliche“ Klima beklagt, dem „Nationalisten“ in der Westschweiz, besonders aber in Genf ausgesetzt seien. In der Region Genf sind seit Monaten mehrere rechtsextreme Gruppierungen tätig … In der Deutschschweiz hingegen waren die Rechtsextremen – anders als in den vergangenen Jahren – am eidgenössischen Nationalfeiertag kaum aktiv, weder auf dem Rütli noch anderswo, außer dass – gemäß einer Meldung der „Sonntagszeitung“ – einige Rechtsextreme aus dem Umfeld der Partei National Orientierter Schweizer PNOS am Nationalfeiertag bei Huttwil sich in einer Waldhütte trafen.

*Tacheles, . 5.8.2013* ■

## Und bei jedem Treffer Beifall – NPD-Kundgebung in Rostock

Seit einer Woche fährt die NPD mit ihrer rassistischen „Asyltour“ durchs Bundesland und führt auf den zentralen Plätzen mecklenburgischer Städte Kundgebungen durch. Am heutigen Freitagmittag stand dann der Neue Markt in Rostock auf dem Programm – und endete für die mitgereisten Nazis in einem Debakel. Obst und Eier flogen in solchem Ausmaß, dass es den einen oder anderen Nazi nicht mehr auf den Füßen zu halten vermochte. So kniete Hannes Welchar, Fraktionschef der NPD im Kreistag der Mecklenburgischen Seenplatte, angesichts der Übermacht von Express-Lebensmittelspenden andächtig nieder, nachdem er von einem Ei am Kopf getroffen wurde. Vom Redner Udo Pastörs war hinter den vielen zum Schutz aufgespannten Regenschirmen nicht mehr viel zu sehen und auch die Außenwirkung dürfte mit dem Obstverschmierten „Flaggschiff“ im Hintergrund gen Null tendiert sein.

Mehr als 250 Menschen hatten sich direkt vor dem Rostocker Rathaus eingefunden, um der rassistischen Hetze von etwa 15 Nazis Paroli zu bieten. Von der Marienkirche wehte ein „Unser Kreuz hat keine Haken“-Transparent, ganz im Gegensatz zum Rathaus. Selbiges ist zwar derzeit auch eingerüstet, die Stadt hatte es jedoch nicht fertig bekommen auch hier ein Transparent zu befestigen und in irgendeiner Form ihren Protest zu bekunden. Überraschend ist dies jedoch nicht, eher entspricht es gerade der Rostocker Linie, wie mit Kundgebungen von Neonazis umgegangen wird. Seit Monaten können sowohl NPD, als auch zunehmend deren Jugendorganisation JN prak- →

leiters zu der Räumung des Platzes lautete: … „dem ruhigen und besonnenen Einschreiten ist zu verdanken, dass bei dieser Aktion weder Polizeibeamte noch Demonstranten zu Schaden gekommen sind.“ Alle, die den Platz nach und nach verlassen mussten, haben bestätigt, dass sich die Polizei viel Zeit bei der Räumung ließ.

„Neun Aktivisten hatten sich bis zuletzt angekettet und so den geplanten Verlauf der Nazi-Demo verhindert. Um 19.15 Uhr gaben die Rechtsextremen deshalb auf und erklärten den sogenannten „Trauermarsch“ für beendet“ so der NDR. Und weiter „Die Strategie, auf Zeit zu spielen, ging dabei auf: Die Demo der Rechten hätte laut Gerichtsbeschluss in jedem Fall spätestens um 20 Uhr beendet sein müssen“.

Seit 2006 marschieren die Neonazis aus ganz Deutschland zum Wincklerbad. Britische Besatzungssoldaten nutzten das Bad von 1945 bis 1947 als Internierungslager für NS-Schergen und mutmaßliche Kriegsverbrecher. Es kam dort auch zu Misshandlungen ehemaliger Wehrmachtssoldaten. Großbritannien entschuldigte sich dafür später. Nach der Auflösung der Grabstätte des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im oberfränkischen Wunsiedel im Juli 2011 gilt Bad Nenndorf als einer der letzten rechten „Wallfahrtsorte“.

2010 marschierten noch 800 durch Bad Nenndorf, 2012 nahmen 471 und 2013 weniger als 400 teil.

Bis 2030 haben die Nazis die Aufmärsche in Bad Nenndorf angemeldet. Verderben wir ihnen 2014 erneut ihren „Marsch“ und lassen sie trauern, dass sie an ihrem „Wallfahrtsort“ unwillkommen sind.

*bee; Quellen: http://www.ndr.de http://www.presseportal.de/polizeipresse* ■




*Bad Nenndorf, Foto: bee*

# Spendenaufruf: 450 Jugendliche gedenken dem Roma Holocaust in Auschwitz

Vom 30. Juli bis 04. August kommen über 450 Roma & nicht-Roma Jugendliche aus 20 Ländern in Krakau & Auschwitz zusammen, um dem Völkermord an Sinti und Roma zu gedenken und um für Menschenrechte und gegen Antiziganismus einzutreten (www.2august.eu). Dies ist die größte Jugendveranstaltung, die von Roma Jugendorganisationen jemals in Europa organisiert wurde und wir haben die Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments durch den Präsidenten Martin Schulz bekommen.

Da wir mit weit weniger Teilnehmenden gerechnet hatten, müssen wir jetzt aber ein Minus von 8000 Euro stemmen, sonst müssen wir die Teilnahme von 70 Jugendlichen absagen. Deshalb brauchen wir Ihre Hilfe und Unterstützung. Mit 100 Euro können Sie die Teilnahme von einem Jugendlichen ermöglichen! Aber auch schon 20 € können eine wichtige Unterstützung darstellen.

Die von ternYpe Internationales Roma Jugendnetzwerk, der deutschen Mitgliedsorganisation Amaro Drom e.V., sowie weiteren Partnern organisierte Veranstaltung findet um den 2. August herum statt, dem offiziellen Erinnerungstag an den Roma Völkermord. Wir wollen junge Europäer_innen, die Zivilgesellschaft, politische Akteure und Entscheidungsträger_innen aufmerksam machen auf den Roma Völkermord, auf die Mechanismen von Stereotypen und Antiziganismus, sowie auf die aktuellen Probleme durch Rassismus und Extremismus. Die Initiative setzt sich für die europaweite Anerkennung des 2. August als Gedenktag an den Roma Völkermord ein.

Das ternYpe International Roma Youth Network kämpft für soziale und politische Veränderungen in Europa. Als junge Roma und nicht-Roma glauben wir daran, dass wir eine europäische Kultur schaffen können, die basiert auf gegenseitigem Respekt, Dialog, Menschenrechten und Chancengleichheit für Alle. Wir möchten einen Raum schaffen, in dem junge Menschen aktive Bürger_innen werden können durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation.

Das Programm der Veranstaltung ist online auf der Projekthomepage www.2august.eu zu finden:

**1.** Workshops zum Holocaust und Antiziganismus in Vergangenheit und Gegenwart
**2.** Treffen mit Auschwitz und Holocaust Überlebenden
**3.** Workshops über Jugendaktivismus und Empowerment Strategien
**4.** Öffentliche Konferenz zum Roma Holocaust und zur Holocaust- und Menschenrechtsbildung
**5.** Besuch von Auschwitz-Birkenau und eine Jugend Gedenkveranstaltung am 2. August
**6.** Reflektion und Stärkung der Gedenkkultur durch Grassroots Initiativen in Europa
**7.** Präsentation von künstlerischen Ergebnissen einer internationalen Roma und nicht-Roma Jugendgruppe im Galizien Jüdischen Museum in Krakau

Die Initiative wird völlig ehrenamtlich von ternYpe, Amaro Drom e.V. und den anderen Partnern organisiert. Alle internationalen Partnergruppen haben es selbst geschafft ihre Fahrtkosten zu finanzieren. Die Spenden werden zur Finanzierung von Unterkunft und Verpflegung der Teilnehmenden eingesetzt. Die Teilnahme eines Jugendlichen kostet insgesamt 100 € (5 Übernachtungen & Essen).

*Quelle: http://www.betterplace.org 23.07.2013* ■




*Fortsetzung von Seite 2*

tisch ungestört Infostände und Kundgebungen vor allem in den Neubaugebieten durchführen. Bekannt werden die Termine vorab nur in Ausnahmefällen, denn die Stadtverwaltung mauert. Dennoch werden die Kundgebungsorte mit einem massiven Polizeiaufgebot abgeschirmt. Umso verwunderter nahmen Viele die heute anfangs nur locker aufgestellten Polizeikräfte zur Kenntnis, die erst hektisch verstärkt wurden, als der antifaschistische Obstbewurf einsetzte.

Dank der edlen SpenderInnen der Marktstände kam es zu keinem Engpass in der Obst- und Eier-Versorgung. Jeder Treffer, natürlich besonders bei „hochrangigen Zielen“ wie Udo Pastörs, wurde von der zahlreich vertretenden Zivilgesellschaft mit Beifall belohnt. Die Liste der anwesenden Nazis liest sich beinahe wie ein Who-is-Who der regionalen Neonaziszene: Neben der NPD-Spitze aus Udo Pastörs und Stefan Köster wurden u.a. Norman Runge, Hannes Welchar, David Böttcher, Frank Klawitter und Marko Müller Zeugen des Desasters.

Als die Truppe eine halbe Stunde vor der Zeit die Flucht antrat, öffnete sie die Laderampe des „Flaggschiff“ nur noch ein Stück weit, um die Utensilien überstürzt hinein zuschmeißen.




Auch wenn die Freude nun zu Recht groß ist – ehrlicherweise muss zugestanden werden, dass solche Aktionen bisher nur in der Rostocker Innenstadt gelingen. In der Rostocker Peripherie können Neonazis noch viel zu oft ungestört ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten.

*Kombinat Fortschritt*
*Quelle: indymedia*
*Antifa Rostock* ■

## Weißenburg 16.7.: Ein Desaster für die NPD

Eine geplante Kundgebung der rassistischen NPD am 16. Juli in Weißenburg wurde zum Desaster. Mehr als 400 GegendemonstrantInnen und zwei Blockaden, als ein Akt des zivilen Widerstands, machten es der NPD unmöglich, ihre Kundgebung wie geplant auf dem Marktplatz abzuhalten.

**Ein Desaster für die NPD**

Bereits am Mittag versuchten die Neonazis im Rahmen ihrer „Bayerntour" eine erste Kundgebung in Rothenburg abzuhalten. Dort wurde sie von 300 AntifaschistInnen lautstark empfangen und durch eine Blockade gezwungen einen alternativen Kundgebungsort anzusteuern. Angeschlagen von den Protesten in Rothenburg machte sich der Tross, bestehend aus dem NPD-LKW mit Nazi-Propaganda-Schriftzügen und einem Sprinter als Begleitfahrzeug, auf den Weg nach Weißenburg. Von der Abfahrt aus Rothenburg wurden auch die Weißenburger NazigegnerInnen informiert und konnten so die Zeit nutzen, um weitere GegendemonstrantInnen zu mobilisieren.blockade1

**„Die Stadtmauer hat wieder einmal ihren Dienst getan"**

Kurz vor 14.00 Uhr traf die NPD schließlich in Weißenburg ein und versuchte über das Spitaltor, ein Teil der historischen Stadmauer, auf den Marktplatz zu gelangen. AntifaschistInnen kamen daraufhin aus benachbarten Seitengassen und machten die Straße hinter dem Spitaltor durch eine Blockade dicht. Augenzeugenberichen zufolge verließen daraufhin einige Parteinazis der NPD ihre Fahrzeuge und schlugen mit Regenschirmen auf Blockierende ein, bis Polizeikräfte schließlich den Angriff der Neonazis beendeten. Weitere Menschen, die sich bei der nahegelegenen Gegenkundgebung versammelt hatten, schlossen sich der Blockade an. Viele beteiligten sich auch an der Sitzblockade. Der NPD-LKW hatte neben der Blockade ein weiteres Problem, er passte nicht durch das Spitaltor der Spitalkirche – „Die Stadtmauer hat wieder einmal ihren Dienst getan" – auch ein Zurücksetzen war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. GegendemonstrantInnen hatten hinter dem LKW einen weiteren Blockadepunkt eröffnet. Von zwei Seiten und sogar von oben – die Glocken der Spitalkirche läuteten – wurden die FaschistInnen nun mit ohrenbetäubenden Protest eingedeckt. Um 14:40 Uhr begriffen schließlich auch die NPD-Funktionäre und ihr Anhang, dass es für sie kein Weiterkommen mehr gab und auch der Rückweg auf unbestimmte Zeit versperrt bleiben würde.

**„Es ist ein irres Gefühl hier zu stehen und Eure Energie zu spüren"**

So beschlossen die Nazis ihre Kundgebung gleich vor Ort und damit nicht einmal hundert Meter neben den lautstarken Protesten durchzuführen. An das aufgebaute Rednerpult trat schließlich Karl Richter, Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Landtagsfraktion im Sächsischen Landtag. Er ist außerdem für die Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA) tätig und sitzt für diese NPD-Tarnliste auch im Stadtrat von München. Sein Redebeitrag ging aufgrund der Parolen und Pfiffe restlos unter. Als nächste wollte sich die NPD-„Spitzenkandidatin" Sigrid Schüßler ausbuhen und auspfeifen lassen. Sie ist Bundesvorsitzende der neonazistischen Organisation „Ring Nationaler Frauen" und familienpolitische Sprecherin der Bayern-NPD. Redakteure des Weißenburger Tagblatts konnten zwei Äußerungen der Nazi-Funktionärin mitschreiben, die wir wiedergeben möchten: „Es ist ein irres Gefühl hier zu stehen und Eure Energie zu spüren" – uns würde vielmehr nicht wundern, wenn sie auch die nächsten Tage noch ihr Trommelfell spüren sollte. Die in ihre Richtung ausgestreckten Mittelfinger kommentierte sie mit folgenden Worten: „Wisst ihr überhaupt, was das heißt? Das heißt Fick' Dich! Ich ficke aber lieber mit Nazis!" (*Quelle: Artikel des Weissenburger Tagblatts*)

**„Lasst sie ruhig kommen! Wir sind vorbereitet!"**

Nach den beiden blamablen Vorstellungen beendete die NPD ihre pseudo Kundgebung und rangierte den NPD-LKW rückwärts aus seiner verfahrenen Lage. Dabei wurde er noch zusätzlich durch die Blockade hinter ihm behindert, die in der Zeit von der Polizei gekesselt wurde. Mitarbeiter des Stadtbauamtes wurden herangezogen um im Weg stehende Bänke vorübergehend abzumontieren. Nach Abfahrt der Nazis in Richtung Lauf an der Pegnitz, dort sollte die letzte NPD-Kundgebung des Tages stattfinden, wurden die dortigen NazigegnerInnen informiert, um damit auch ihnen die Möglichkeit zu geben, letzte Vorbereitung zu treffen. Kommentar beim Telefonat mit einem der Protest-Organisatoren aus Lauf: „Lasst sie ruhig kommen! Wir sind vorbereitet!". Und er behielt recht – dort übertönten 500 Menschen die NPD u.a. mit einer Sambagruppe.



**Schöner leben ohne Nazis – Weißenburg wehrte sich!**

Weißenburg hat ein weiteres Mal eindrucksvoll bewiesen, dass es klare Kante zeigt, wenn es darum geht, Nazis in die Schranken zu weisen und sich gegen deren faschistische Propaganda zur Wehr zu setzen. Ziviler Ungehorsam, gegen eine Nazipartei wie die NPD, ist nicht nur in einer Stadt wie Dresden möglich – wo die Menschen regelmäßig von Nazis heimgesucht werden. Auch in der vermeintlichen kleinstädtischen Idylle von Weißenburg heißt es WiderSetzen wenn Nazis sich versammeln wollen.

*http://solidweissenburg.wordpress.com/2013/07/18/ein-desaster-fur-die-npd/* ■

## Kampagne gegen rechte Propaganda gestartet

GÖTTINGEN. Noch wenige Tage, dann startet unsere Kampagne „Alles muss man selber machen" – Kein Raum für rechte Propaganda. Wir haben uns zum Ziel gesetzt mit möglichst vielen Menschen während des Bundestagswahlkampfs rechte Propaganda aus dem Stadtbild zu entfernen und da einzugreifen, wo Nazis und Rassisten versuchen öffentlich aufzutreten.

Am 22. September 2013 ist wieder Bundestagswahl. Während des Wahlkampfes versuchen rechte Parteien wie NPD, die Freiheit und die sog. „Alternative für Deutschland" auch in und um Göttingen ihre rassistische, antisemitische und islamfeindliche Propaganda zu verteilen. Dem wollen wir uns gemeinsam und entschlossen entgegenstellen.

Als Kampagne „Alles muss man selber machen" haben wir uns zum Ziel gesetzt, rechte Propaganda aus dem Stadtbild zu entfernen und diese durch einen sichtbaren antifaschistischen Ausdruck zu ersetzen. Wenn du dich beteiligen möchtest, ist dies nicht schwer. Informiere dich einfach auf *www.selbermachen.noblogs.org* und hol dir die notwendigen Infos und Materialien die du und deine FreundInnen brauchen, um aktiv zu werden. Schließt euch zusammen und passt aufeinander auf. Nur gemeinsam können wir es schaffen.

Egal ob Stadt, Dorf, Schule, Uni oder Betrieb! Da wo Nazis und Rassisten versuchen ihre Propaganda zu verteilen, werden wir gemeinsam aktiv und vor Ort sein

# Flauer Aufmarsch: „Pro Köln“ floppte in Kalk

Foto: 




Nur rund 35 Anhänger/innen, darunter auch angereiste „Pro NRW“-Funktionäre aus Aachen, Bonn und Mönchengladbach, konnte die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ am 27. Juli nach Kalk mobilisieren. Diesen stand an der KVB-Haltestelle „Kalk Kapelle“ die vier- bis fünffache Zahl an Gegendemonstrant/innen gegenüber, die lautstark gegen das Auftreten von „Pro Köln“ im Veedel protestierten. Zahlreiche Autofahrer folgten der Aufforderung „Hupen gegen Nazis“, sodass zumindest zeitweise die Lautsprecheranlage der Rechten übertont wurde. Der Versuch von „Pro Köln“, aus der aktuellen Debatte um die Zukunft des „Autonomen Zentrums“ (AZ) politisches Kapital zu schlagen, dürfte gescheitert sein. Anwohner/innen waren in der „Pro Köln“-Kundgebung keine auszumachen. Dass mit Jörg Uckermann, Markus Wiener und Judith Wolter ausgerechnet Redner für „Recht und Gesetz“ in Kalk auftraten, gegen die derzeit Anklage wegen „bandenmäßigen Betrugs“ erhoben wird, verdeutlichte noch einmal den skurrilen Charakter der Veranstaltung. Neben abenteuerlichen Unterstellungen und Horrorgeschichten über die Nutzer/innen des AZ waren die Reden immer wieder mit rassistischen Thesen gespickt. Nach rund 80 Minuten war die Vorstellung beendet. Die Polizei, die mit zwei Hundertschaften im Einsatz war, trat zurückhaltend und deeskalierend auf. Dennoch wurde mindestens eine Strafanzeige gegen einen Gegendemonstranten gestellt. Der Vorwurf: Versuchte gefährliche Körperverletzung. Der junge Mann soll Gurkenstücke in Richtung der „Pro Köln“-Kundgebung geworfen haben.

*Dominik Clemens*

---

um dies zu verhindern oder ihre Plakate, Aufkleber und Flyer wieder einsammeln und sie aus dem Stadtbild zu verbannen.

**Kein Raum für rechte propaganda!**

*selber machen 26.7.2013*
*Quelle: indymedian* ■




## Kein Veedel für Rassisten!

### Für Chorweiler/Kalk/Bilderstöckchen/Köln – Gemeinsam gegen Rechts!

So sperrig soll das Motto, unter dem möglichst viele Leute vor und im kommenden Kommunalwahlkampf (die Wahlen werden voraussichtlich im Mai nächsten Jahres stattfinden) gegen die Rassist(inn)en von pro Köln antreten wollen, natürlich nicht sein. Auf Plakaten und Flugblättern sowie in Aktionen genannt wird jeweils der Name des Stadtteils, in dem die Antifaschist(inn)en die dort lebenden Menschen über die menschenverachtende Politik der Rechten informieren werden.

Engagierte Menschen, die sich im Bündnis gegen Pro Köln und anderen Initiativen auf Stadtteilebene zusammengefunden haben und seit langem Pro Köln und andere RassistInnen bekämpfen, hatten die Idee, die selbsternannte Bürgerbewegung vor allem dort zu attackieren, wo es diese am schmerzhaftesten trifft und auch am sinnvollsten ist – in den Stadtteilen und Wahlbezirken, wo sie am meisten Stimmen einfahren konnten. Häufig sind das Veedel, in denen es so wenig politische Strukturen, dafür aber jede Menge Probleme gibt, so dass die Demagogie von Pro Köln, Sündenböcke zu präsentieren, auf fruchtbaren Boden fiel. Solche Sündenböcke waren wahlweise Muslime (wie beim Bau der Moschee in Ehrenfeld), Flüchtlinge (wie in Poll, Weiden und der Südstadt) oder Sinti und Roma.

Damit sich das Ergebnis der letzten Kommunalwahl von 2009, bei der Pro Köln etwa 20000 Stimmen in Köln bekam, nicht wiederholt, wollen die Initiator(inn)en jetzt schon beginnen, der rechten Hetze etwas entgegenzusetzen. Sie rufen alle Organisationen, die zahlreichen Initiativen, die sich auf Stadt- und Stadtteilebene zusammengefunden haben, sowie natürlich alle Interessierten auf, sich zu beteiligen. Auch wenn die inhaltlichen und strategischen Vorstellungen sich ansonsten unterscheiden sollten, gehe es doch um das gemeinsame Ziel, Pro Köln 2014 nicht mehr in den Kölner Stadtrat einziehen zu lassen. Für die unterschiedlichen Aktionen und Ideen wird es ein gemeinsames Logo geben, das für Flyer oder andere Veröffentlichungen verwendet werden kann, sowie eine E-Mail-Adresse als Kontakt und eine Website.

Beginnen soll die Kampagne mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion als gut sicht- bzw. hörbarem Startschuss Anfang November um dann bis zur Wahl dezentral weitergeführt zu werden. Bei einem möglichst großen Treffen aller Interessier-

# Mutloses Gericht vertagt Verfahren gegen Akhanlı

Nach knapp einstündiger Verhandlung verkündete das Istanbuler Strafgericht am späten Vormittag des 31.7. 2013, es werde am 4. Oktober weiter über die Anklage gegen Doğan Akhanlı wegen seiner angeblichen Teilnahme an einem Raubüberfall im Jahre 1989 verhandeln. Dann wird sich zeigen, ob das Gericht seinen mutlosen Kurs aus der heutigen Verhandlung weiterführt.

Die Verteidigung hatte zu Beginn der Verhandlung erneut und detailliert den handwerklich katastrophalen und rechtlich unhaltbaren Spruch des Revisionsgerichts kritisch analysiert. Der Staatsanwalt bekannte, er habe die Akte nicht wirklich gelesen, schließe sich aber der Aufforderung aus Ankara an, erneut gegen Doğan Akhanlı zu verhandeln und ihn zu lebenslanger Haft zu verurteilen.

Das Gericht wagte nicht, sich gegen die Anordnung der Revisionsrichter zu stellen und verzichtete heute darauf, seinen Freispruch vom November 2011 zu erneuern.

Eine 20-köpfige Delegation aus Deutschland, unter ihnen Günter Wallraff, Vertreter von SPD, Grünen und Linken und Beauftragte zahlreicher Gewerkschaften, Menschenrechts-, Künstler- und Schriftstellerorganisationen hatte den Prozess beobachtet und zeigte sich von seinem Ausgang enttäuscht. Nun werde das Verfahren auf unnötige Weise und auf Kosten von Doğan Akhanlı verschleppt.

Da das weitere Verfahren formaljuristisch die Anwesenheit von Doğan Akhanlı verlangt, hat das Gericht gegen ihn einen internationalen Haftbefehl verhängt. Die Verteidigung hat offen gelassen, ob sich ihr Mandat der kaum berechenbaren Gefahr aussetzt, dem Prozess am 4. Oktober beizuwohnen.




*Anlässlich des Prozesses gegen Doğan Akhanlı heute am 31.7.2013 in der Türkei, hat es eine Solidaritätsaktion vor dem türkischen Konsulat in Köln gegeben. Das Transparent nimmt Bezug auf die vielen inhaftierten Journalisten und Schriftsteller in der Türkei; „Einer von Vielen – Freiheit für D. Akhanlı“.*
*Info & Aktuelles jetzt neu auf: http://www.dogan-akhanli.de und http://gerechtigkeit-fuer-dogan-akhanli.de/blog/*

Ein Ereignis am Vortag des Prozesses machte deutlich, wie eng dieses Verfahren mit den aktuellen Repressionen gegen die neuen Demokratiebewegungen in der Türkei verbunden ist. Ein Mitglied der Delegation geriet im Gezi-Park in Polizeihaft, als er dagegen protestierte, dass die Polizei Erinnerungssteine an die fünf während der Auseinandersetzungen getöteten Menschen in den Müll räumen ließ. Nach Intervention von Anwälten und des deutschen Konsulats wurde der Inhaftierte wieder freigelassen.

Es gibt keinen anderen Grund für das Verfahren gegen Doğan Akhanlı als den Versuch, das Recht auf Meinungsfreiheit zu beschneiden. Leider gilt das für Hunderte von politischen Verfahren in der Türkei. Die Delegation wird das Verfahren gegen Doğan Akhanlı weiter beobachten und erneuert mit allem Nachdruck ihre Forderung nach einem zweiten Freispruch.

*Albrecht Kieser*
*Rheinisches Journalistenbüro* ■

---

*Fortsetzung von Seite 5 unten*

ten Anfang Oktober soll es konkret werden. Wenn es gelingt, über die Demagogie der rassistischen „Bürgerbewegung“ dort zu informieren, wo sie vor vier Jahren am meisten Stimmen holte, ist es durchaus möglich, ihren Wiedereinzug ins Rathaus zu verhindern oder sie wenigstens entscheidend zu schwächen. *tri* ■

## „Last Chance“ und Ludwigsburger Ermittlungen sollten auch die Wehrmachtsverbrechen einbeziehen

Die „Operation Last Chance“ ist äußerst unterstützenswert, ebenso die von der zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen geplanten 50 Gerichtsverfahren gegen KZ-Aufseher. Diese Verfahren kommen allerdings äußerst spät, und sie sind nicht vollständig, so Ulrich Sander von der VVN-BdA. Vor Gericht müssen endlich auch die Kriegsverbrecher aus der Wehrmacht. Zu den jüngsten Ermittlungsergebnissen der Ludwigsburger Zentralstelle und zum Aufruf des Simon-Wiesenthal-Center „Operation Last Chance“ nahm Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN und Leiter der Geschichtskommission NRW der VVN-BdA Stellung:

Vor zehn Jahren hat unsere Vereinigung gemeinsam mit der Gruppe „Angreifbare Traditionspflege“ Strafanzeige erstattet gegen 196 Täter aus der Wehrmacht, denen wir begründet vorwarfen, an Massakern in Griechenland und Italien beteiligt gewesen zu sein. Leider kam es nicht zu Verfahren; die zuständige Staatsanwaltschaft Stuttgart hat sie schlicht hintertrieben. Aber auch aus Ludwigsburg erhielten wir seit drei Jahren keinen Bescheid mehr. Einige Verurteilungen erfolgten in Italien, ohne dass Deutschland die Verbrecher auslieferte.

Empörend ist, dass sich aktive Bundeswehrangehörige und Reservisten sowie ihre Verbände für die Veteranen mit mörderischer Vergangenheit einsetzten. Sie forderten mit Blick auf die heutige deutsche Kriegsführung die Straffreiheit für die Verbrecher z. B. aus der Wehrmachts-Gebirgstruppe, denn: „Auch unsere Soldaten können heute noch in Situationen geraten, in denen sie aus Angst, Kurzschluss oder Wut, etwa über eine grausame Behandlung gefangener Kameraden, überreagieren, wie jüngst ein Vorfall in Kunduz gezeigt hat.“ Die Bundeswehrsoldaten würden in diesem Fall sicher entlastet werden, schrieb Generalmajor a.D. Jürgen Reichardt weiter, aber sie sollten nicht fürchten müssen, nach Jahrzehnten noch vor Gericht gestellt zu werden. (aus: Gebirgstruppe 6/2008).

Reichardt, Präsident des Bayerischen Soldatenbundes, behielt leider recht. Oberst Georg Klein, Mörder von über 100 Zivilisten am Kunduz in Afghanistan im September 2009, blieb straffrei, und er wurde sogar zum Brigadegeneral befördert. In diesem Licht betrachtet, sind die 50 Verfahren gegen Auschwitz-Aufseher zu bewerten – als richtig, aber inkonse- →

# Neonazis ermorden Mann in Kaufbeuren

Ein Neonazi aus Thüringen und seine Gruppe haben auf dem Tänzelfest in Kaufbeuren mehrere Menschen aus rassistischen Gründen brutal angegriffen. Einer der Attackierten ist nun verstorben.

### Der erste Angriff von rechts

Am Mittwoch gegen Mitternacht auf dem Tänzelfest in Kaufbeuren: Im Festzelt hat hier gerade noch die „Harmonie Oberbeuren" gespielt. Mindestens sieben zum Teil alkoholisierte Männer im Alter von 22 bis 53 Jahren versuchen nun zum Ende des Fests, auf der kleinen Straße hinter dem Zelt drei Spätaussiedler zu provozieren. Ein 36-jähriger Thüringer und andere aus der Gruppe beleidigen die drei jungen Männer zuerst mit rassistischen Beschimpfungen, schließlich greifen sie sie auch körperlich an. Die Angegriffenen setzen sich gegen die rassistischen Schläger erfolgreich zur Wehr, mehrere Personen erleiden allerdings leichte Verletzungen.

Die mindestens sieben aggressiven Männer arbeiten derzeit im Auftrag der ostthüringischen Baufirma R. GmbH (Name bekannt) auf Baustellen in der Region.

Beziehungen von Neonazis zu Baufirmen sind kein Einzelfall. Bayerische Neonazis aus den Kreisen des „Freien Netz Süd" betreiben beispielsweise einen Bauhelferverleih. Auch Neonazis aus Thüringen betreiben ein solches Gewerbe mit Einsätzen in Bayern, z. B. ist der mutmaßliche NSU-Unterstützer André K. nach Erkenntnissen der LINKEN-Landtagsabgeordneten Katharina König zusammen mit Neonazis aus Altenburg und Jena derzeit unter dem Namen „Chaosbau 24" und in Zusammenhang mit der Webseite „Bausanierung24" für überregionale Bau- oder Montageaufträge aktiv.

### Der zweite Angriff von rechts

Eine unbeteiligte Gruppe von fünf Personen, darunter auch ein 34-jähriger aus Kasachstan stammender Mann, folgt auf dem Tänzelfest aus bloßem Interesse den Security-Kräften, die sich zum Ort der Auseinandersetzung begeben.

Die Thüringer Schläger provozieren nun am Festzelt-Biergarten auch die dazukommende, unbeteiligte Gruppe – und werden schließlich erneut gewalttätig: Der 36-Jährige Rassist schlägt ohne Ankündigung auf den zufällig anwesenden 34 Jährigen ein, der daraufhin bewusstlos zu Boden geht. Der Angegriffene muss vor Ort reanimiert werden, leider ohne Erfolg, der Mann verstirbt am Donnerstag Nachmittag.

Einsatzkräfte der Polizei nehmen aufgrund einer Personenbeschreibung noch am Abend in unmittelbarer Tatortnähe den 36-jährigen Haupttäter Falk H. (Name bekannt, Meiningen) und den 22-Jährigen Markus V. (Name bekannt, Meiningen) aus seiner Gruppe fest. Der 36 Jährige ist wegen „rechtsmotivierten Taten" polizeibekannt, wegen des dringenden Verdachts des Totschlags erlässt ein Richter Haftbefehl gegen ihn. Der 22 Jährige V. kommt wieder auf freien Fuß, er soll mit der Tat nicht unmittelbar in Verbindung stehen.

### Rassismus, das Allgäu und der Mord

Nach dem Mord hat die Polizei in der Pressemitteilung zuerst den rassistischen Hintergrund der Angriffe und den rechten Hintergrund des verhafteten 36-Jährigen verschwiegen. Dies sei „ermittlungstaktischen Gründen" geschuldet, erklärt Jürgen Krautwald, der Sprecher der Kriminalpolizei Kaufbeuren, später gegenüber der Lokalzeitung „Augsburger Allgemeine".

Es folgt eine Flut an rassistischen Kommentaren in diversen lokalen Online-Medien, in denen in rassistischer Täter-Opfer-Verdrehung „Ausländer" und „Russen" für den Tod eines Menschen auf dem Kinderfest verantwortlich gemacht werden. Nachdem die Polizei die Presseaussendungen am Freitag um die tatsächlichen Hintergründe der Tat ergänzt, gehen die Hetzbeiträge teilweise dennoch weiter.

### Die Beteiligten und die Neonaziszene

Die beiden zunächst Festgenommenen stehen nach a.i.d.a.-Informationen in Verbindung zu neonazistischen Kreisen. Falk H. hat im vergangenen Jahr auf einem Volksfest „Heil Hitler" gerufen und den Arm zum Hitlergruß gereckt. Und Markus V. wird auf seinem facebook-Profil noch viel deutlicher: Bilder mit der schwarzen Sonne der SS finden sich hier genauso wie ein Kokettieren mit der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU): Markus V. hat eine „Pink Panther"-Figur mit Maschinengewehr gepostet. Zu seinen Online-Freunden gehören u. a. thüringer und sächsische Neonazis, die Jugendorganisation von „Pro Deutschland" sowie der aus Bayern stammende frühere NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt.

### „The show must go on"?

Es ist nur fünf Jahre her. In der Nacht zum 26. April 2008 erstach ein Neonazi in Memmingen den 40 Jahre alten Peter Siebert mit einem Bajonett. Siebert hatte sich mehrfach über zu laute Neonazimusik und die braune Gesinnung seines Nachbarn beschwert. Das Landgericht Memmingen verurteilte den Täter im Dezember 2008 wegen Totschlags zu acht Jahren und drei Monaten Haft. Die Richter sahen damals kein rechtes Motiv. Über Neonazigewalt wollen auch jetzt nur wenige reden. Die „Allgäuer Zeitung" zitiert den Tänzelfestvereins-Vorstand Horst Lauerwald:

„Das wirft einen Schatten aufs Tänzelfest und wird auf das Kinderfest bezogen, obwohl es nichts damit zu tun hat – das geht mir an die Nieren."

Das Fest, das noch bis zum 22. Juli andauert, wird am nächsten Tag ungehindert fortgesetzt. Dem Kaufbeurer Oberbürgermeister Stefan Bosse zufolge wird das „Tänzelfest-Boxen" abgesagt, das „Tänzelfest-Feuerwerk" soll aber stattfinden. User „Stefan" aus Kaufbeuren ist trotzdem nicht in Trauer um den Ermordeten oder in Sorge um die Bedrohung durch mordende Neonazis, sondern bangt um das schöne Feuerwerk. Auf der Webseite des „Tänzelfests" schreibt er ins Gästebuch:

„Lieber Tänzelfestverein, bitte sagt das Feuerwerk NICHT ab! Der schreckliche Todesfall ist schlimm, aber deswegen das Feuerwerk absagen? (…) Es klingt blöd aber es stimmt ‚THE SHOW MUST GO ON!'"

■

---

quent, weil spät und nicht umfassend. Vernichtungskrieger dürfen nicht straffrei bleiben. Die Zentrale Stelle in Ludwigsburg und die anderen zuständigen Staatsanwaltschaften sowie Justizministerien rufen wir zum weiteren Handeln auf. Wir erneuern unsere Auforderung, gegen die 196 genannten Personen zu ermitteln und gegen sie vor Gericht zu verhandeln.

An das Simon Wiesenthal Center richten wir den Appell, außer gegen Wachmannschaften der KZ auch gegen die Verbrecher aus der Wehrmacht zu ermitteln. Auch gegen diese reicht nach der neuesten Rechtssprechung der deutschen Justiz (Demjanjuk-Verfahren) der Nachweis der Anwesenheit in dem mordenden Kollektiv aus, um die Täter zu bestrafen.

**Siehe auch:**
*http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0653_justiz.htm* | *http://www.nrw. vvn-bda.de/texte/gebirgsjäger.htm* | *http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1077_wehrmachts verbrechen.htm* | *http://www.zentrale-stelle.de/servlet/PB/show/1281584/Informationsblatt-ZSt_Dez12-dt.pdf* ■

# Und da waren es schon fünf

Am vorletzten Mittwoch (= Am 24. Juli) verhängte das französische Kabinett das Verbot über zwei neue militante rechtsextreme Gruppierungen. Vierzehn Tage zuvor waren (= am 10. Juli) bereits drei von ihnen mit einer Verbotsverfügung belegt worden. Anscheinend hat die französische Regierung zum Großreinemachen im gewaltbereiten Nazimilieu angesetzt.

Den unmittelbaren Anlass dazu lieferte der gewaltsame Tod des 18jährigen Antifaschisten Clément Méric, der am Abend des 05. Juni unter den Schlägen des Naziskinheads Esteban Morillo starb. Der Urheber der tödlichen Schläge gehörte mutmaßlich der faschistischen Kleinpartei Troisième Voie – „Dritter Weg", gemeint ist: jenseits von Marxismus und Kapitalismus – und deren schlagendem Arm, den Jeunesses nationalistes révolutionnaires (JNR), an. Da es dort keine nach außen hin formalisierten Strukturen und keine Mitgliedsbücher gibt, bestreitet der Anführer beider Gruppierungen, Serge Ayoub, der ehemalige Chef von Skinheadbanden in den achtziger Jahren, seine Mitgliedschaft. Wenn die bei den JNR auch schwer nachweisbar ist, räumte Morillo doch bei seiner Vernehmung gegenüber den Ermittlungsbehörden ein, er sei „sechs Monate" Mitglied bei Troisième Voie gewesen.

Kurz nach der Tod von Clément Méric räumte das Innenministerium daraufhin Serge Ayoub eine 14tägige Frist ein, um Stellung zu einer drohenden Verbotsverfügung zu nehmen. Am 25. Juni erklärte Ayoub dann überraschend die „Selbstauflösung" von Troisième Voie und der JNR: Er wolle dadurch einem Verbot von außen zuvorkommen. Dies dürfte jedoch ein Bluff gewesen sein, um ein formales Verbot eventuell zu vermeiden. Ergeht ein solches, dann ist die „Wiedergründung einer verbotenen Organisation" ein mit empfindlichen Sanktionen belegter Straftatbestand.

Ende Juni – am darauffolgenden Wochenende – fiel die Gruppierung schon wieder unangenehm auf. Es wurde bekannt, dass im südwestfranzösischen Agen sieben Jungnazis aus dem Milieu von Troisième Voie festgenommen worden waren. Die sieben Jungmänner im Alter zwischen 22 und 35 Jahren, einige von ihnen Naziskins, sind zum Teil „polizeibekannt". Ihnen wird vorgeworfen, in der Nacht in Agen einen 25- und einen 33-Jährigen mit Schlägen attackiert zu haben. Der jüngere von beiden wurde zudem wegen seiner nordafrikanischen Herkunft rassistisch beschimpft. Die beiden jungen Männer befanden sich auf dem Nachhauseweg von dem seit Jahren in Agen stattfindenden linksalternativen Rockfestival La Prairie. Beide Opfer trugen Gesichtsverletzungen davon.

Am 10. Juli erließ das französische Kabinett dann eine offizielle Verbotsverfügung gegen drei Gruppierungen: sowohl gegen Troisième Voie und die JNR als auch gegen den eingetragenen Verein Envie de rêver („Lust zu träumen"). Unter dem zuletzt genannten, poetisch klingenden Namen firmierte der Verein von Serge Ayoub, der die von geleitete Versammlungsstätte Le Local im 15. Pariser Bezirk verwaltete. Das „Lokal" war im Jahr 2007 eröffnet worden, damals von Ayoub zusammen mit dem antisemitischen Schriftsteller Alain Soral, mit dem er sich später verkrachte – Soral geht in der rechtsextremen Szene der Ruf eines schwer erträglichen, streitlustigen Charakters voraus. Im Juni war zunächst vermutet worden, die Erklärung einer angeblichen „Selbstauflösung" sei ein Manöver, das vor allem dieses sozio-kulturelle faschistische Zentrum retten und aus der Schusslinie nehmen solle.

Am 18. Juli gab der Verein unter dem vermeintlich poetischen Namen Envie de rêver, unter seinem Vorsitzenden Kévin Couette bekannt, dass er vor dem Conseil d'Etat (dem obersten Verwaltungsgericht) Rechtsmittel gegen die Verbotsverfügung einlege. Dabei fordere er den Erlass einer Einstweiligen Verfügung gegen die Vollstreckung des Verbotsdekrets, und bereite zugleich eine Hauptverhandlung zur Diskussion über dessen Rechtmäßigkeit vor. Zur selben Stunde wurde bekannt, dass auch Serge Ayoub gegen die Verbote der beiden anderen Gruppierungen vor Gericht ziehen wolle: Es lägen keinerlei Beweise bezüglich der Vorwürfe, die gegen Troisième Voie und JNR erhoben würden, vor. Offenkundig stellen die Rechtsextremen sich darauf ein, weiterhin Katz und Maus mit den Behörden zu spielen.

Ayoub ist unterdessen um politische Provokationen nicht verlegen. Am 30. Juli wurde bei Youtube ein Video mit einem 30minütigen Interview veröffentlicht, das der ebenfalls als Provokateur geltende Theatermacher Dieudonné M'bala M'bala mit ihm geführt hatte. Der unter seinem Vornamen – der ihm gleichzeitig als Künstlername dient – bekannte Dieudonné ist ein Franzose mit einem kamerunischen Vater, der sich seit 2005/06 sukzessive an die extreme Rechte annäherte, seitdem er aufgrund antisemitischer Aussprüche in die Kritik und unter Druck geraten war. Er ist insbesondere mit Alain Soral befreundet, der ihn in unterschiedliche Spektren der extremen Rechten einführte. In dem Interview stellt Ayoub die Skinheads, darunter den Urheber der tödlichen Schläge gegen Clément Méric, als die eigentlichen Angegriffenen hin – tatsächlich war der Prügelei zwischen einer kleinen Gruppe von Antifaschisten und gleichaltrigen Skinheads am 05. Juni eine verbale Auseinandersetzung vorausgegangen, bei der sich die Antifas offensiv verhielten und die Naziskins herausforderten. Letztere als Opfer hinzustellen, ist natürlich offenkundig grotesk.

In dem Interview, das am 1. August – zwei Tage nach Erscheinen – angeblich bereits 123 000 mal angeklickt wurde, skizzieren Dieudonné und Ayoub eine Art Querfront. Ersterer erklärt als langjähriger Vorzeigeafrikaner der extremen Rechten, würden die europäischen Staaten die Schulden Afrikas streichen, hätten die Afrikaner keinen Grund, den Kontinent zu wechseln, und die Einwanderung müsse dann kein Thema mehr sein. Ayoub definiert den Rassismus: Dieser sei „die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, also das Großkapital". Letzeres sei an der Migration schuld, weil es „ganze Familien deportiert, um die Menschen zu den Arbeitsplätzen zu bringen". Schuld daran seien nicht die Migranten selbst, die lediglich Opfer seien, sondern die Hintermänner des Ganzen. Beide reichen sich schließlich die Hand. Sofern das Video in den französischen Medien kommentiert wurde, rief es rein negative Reaktionen hervor. Das sozialliberale Wochenmagazin Le Nouvel Observateur schrieb: „Dieudonné wälzt sich im Schlamm."

Zwei weitere Gruppierungen, die eher dem klassischen Faschismus und Rassismus anhängen und denen Dieudonné in jeglicher Hinsicht zu bunt ist, wurden gewissermaßen im selben Aufwasch mit verboten. Am 24. Juli verfügte das französische Kabinett die Auflösung der beiden Gruppierungen L'Oeuvre française (Französisches Werk) und der Jeunesses nationalistes (Nationalistische Jugend). L'Oeuvre française war im November 1968 gegründet worden und die älteste rechtsextreme Organisation in Frankreich. Es handelte sich um eine Gründung aus den Ruinen der Bewegung rund um die verbotene Gruppe Jeune Nation (Junge Nation), die während des Algerienkriegs an der „Heimatfront" sehr aktiv gewesen war. Die Gründer von L'Oeuvre française waren damals „Dissidenten" im rechtsextremen Milieu: Dessen überwiegende Mehrheit war im Kontext der Kolonialkriege in Nordafrika sowie des Sechstagekriegs im Juni 1967 auf pro-israelische außenpolitische Positionen eingeschwenkt, Oeuvre-Gründer Pierre Si-

## Solidarität mit Geflüchteten in Witzenhausen

Seit Ende Juni organisieren sich Geflüchtete im Werra-Meißner-Kreis (Nordosten Hessen) zusammen mit Unterstützer_innen. Der Anlass sind die menschenverachtenden und unwürdigen Lebensbedingungen, die durch die rassistische Gesetzgebung der BRD ermöglicht werden.

Im Werra-Meißner-Kreis nimmt die schikanöse Auslegung der geltenden Gesetze durch Mitarbeiter_innen des Sozialamtes ein besonderes Ausmaß an. Geflüchtete müssen zweimal in der Woche ihre Anwesenheit durch Unterschriften bei Sozialarbeiter_innen bestätigen. Nun haben sich Geflüchtete dazu entschlossen diese rassistische Praxis nicht weiter hinzunehmen und leisten seit einigen Wochen Widerstand indem sie die Unterschriften verweigern. Die Verweigerung der Unterschriften hat die Konsequenz, dass die Geflüchteten ihr Geld nun wöchentlich im Kreishaus abholen müssen anstatt wie üblich den kompletten Monatsbetrag überwiesen zu bekommen.

Die Geflüchteten werden am Donnerstag, den 01.08.2013 um 10:00 Uhr im Kreishaus in Witzenhausen ihr Geld in Empfang nehmen und eine Auszahlung für den kompletten Monat August fordern.

Kommt am 01.08. um 9:00 Uhr zum Bahnhof Göttingen, um gemeinam nach Witzenhausen zum Kreishaus zu fahren und die Geflüchteten in ihren Forderungen und Protest zu unterstützen.

**Rassistische Sondergesetze abschaffen!**

**Freedom of movement is everybody's right!**

*Quelle: http://papiere-fuer-alle.org* ■

## Respekt für Grundwerte im Wahlkampf

Der DGB und das Netz gegen Rassismus fordern die Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl dazu auf, „alle Versuche zu unterlassen, durch verkürzte Forderungen oder mit Pauschalzuschreibungen bestimmte Bevölkerungsgruppen zu stigmatisieren und auszugrenzen".

In der Erklärung heißt es weiter: „Auch in Wahlkampfzeiten gilt: Zur Bewältigung ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme ist eine sachliche und lösungsorientierte Auseinandersetzung über die besten Wege erforderlich und nicht eine Debatte, in der Sündenböcke gesucht werden und die auf dem Rücken von Minderheiten geführt wird."

Untersuchungen zeigen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden sind. Deshalb heißt es in der Erklärung, dass jegliche Stigmatisierung oder Ausgrenzung verurteilt werde, „unabhängig davon, ob sie von rechtsextremen Parteien oder von Kandidatinnen und Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien ausgehen".

Die 22 Unterzeichner, zu denen der DGB, die AWO, der IR, PRO ASYL und die Zentralräte der Sinti und Roma, der Muslime und der Juden in Deutschland gehören, „setzen sich für ein gleichberechtigtes Miteinander und für die Gleichbehandlung ein – unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, sozialer und ethnischer Herkunft, sexueller Identität oder einer Behinderung".

*Die Erklärung steht im Netz unter: www.dgb.de/themen/*

*Quelle: Publikation „Forum Migration August 2013" 01.08.2013* ■

## ver.di diskutiert Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige

Allmählich nimmt der Bundestagswahlkampf an Fahrt auf – Anlass für den Bundesmigrationsausschuss von ver.di, einen Blick auf jenen Teil der Bevölkerung zu werfen, der zwar vom Ausgang der Wahl allgemein und besonders betroffen ist – die Palette reicht vom Mindestlohn über die Rente mit 67 bis zur Optionspflicht –, selbst aber nicht wählen darf: Kollegen, Freunde und Nachbarn ohne deutschen Pass.

Auf einem Workshop am 28. Juni 2013 wurde in Berlin das Thema „Politische Partizipation jetzt – Wahlrecht für alle" diskutiert. Dass ein relevanter Teil der Bevölkerung nicht wählen darf, wirft auch die Frage nach der demokratischen Legitimation der Gewählten auf.

Der Workshop teilte sich in drei Blöcke. Den Einstieg bildete ein Überblick über die Beteiligungsrechte der verschiedenen Gruppen nichtdeutscher Staatsangehöriger bei Wahlen. Dazu kam – vorgestellt von Emilija Mitrovic, Mitglied im Bundesmigrationsausschuss – ein kurzer Blick in die Geschichte der Auseinandersetzung um das Wahlrecht sowie eine Darstellung der Positionen der politischen Parteien zum Wahlrecht und die Forderungen von ver.di. Danach wurde die Handhabung des Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer in den anderen Mitgliedstaaten der EU erläutert und der Zusammenhang mit der jeweiligen Integrationspolitik der einzelnen Länder hergestellt.

Den dritten Teil bildete eine Diskussionsrunde, in der Politikerinnen und Politiker mit dem ver.di-Vorstandsmitglied Eva Welskop-Deffaa engagiert diskutierten. Ein Fazit des Workshops: Das kommunale Wahlrecht ist ein erster Schritt, um die demokratische Legitimation bei Wahlen zu stärken. Und es ist ein notwendiger Schritt für Integration, allerdings kein hinreichender. Zur Integration gehört mehr. Im Übrigen kann das Betriebsverfassungsgesetz bei Wahlen durchaus als Vorbild dienen. Das Betriebsverfassungsgesetz in seiner Form von 1972 sieht das aktive und passive Wahlrecht aller im Betrieb vor – unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

*Quelle: Publikation „Forum Migration August 2013"* ■

## Was tun gegen Rassismus und Diskriminierung?

### Ein Blick in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl

Wenig Anlass zu Initiativen in diesem Themenkomplex sehen die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP. Sie begnügen sich weitgehend mit dem Verweis auf den Nationalen Aktionsplan Integration. Bei der FDP heißt es: „Mit dem Nationalen Aktionsplan Integration und dem Instrument der Integrationsvereinbarung zeigen wir, wie wir diesen Weg zum Miteinander in unserer Gesellschaft weiter gehen wollen." Der Integrationsplan sieht zwar unter anderem vor, die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu verbessern, die Quote von Migranten im öffentlichen Dienst zu erhöhen, die individuelle Förderung junger Migranten und Migranten zu verbessern. Auch Gesundheitsversorgung und Pflege von Migrantinnen sind Thema. Doch ge-

---

dos hielt jedoch am Vorrang des Antisemitismus fest.

Dieser sich positiv auf Pétain, Franco und Mussolini beziehenden Gruppierung gehörten unter anderem die Naziskins an, die am 1. Mai 1995 in Paris am Rande eines Aufmarschs des Front National den Marokkaner Brahim Bouarram in der Seine ertränkten. Pierre Sidos gab im Februar 2012 die Führung nach über vierzig Jahren an den knapp 40jährigen Yvan Benedetti. Im Herbst zuvor waren die Jeunesses nationalistes (JN) unter Alexander Gabriac als Jugendorganisation der Gruppierung entstanden. Beide Anführer waren aus dem Front National ausgeschlossen worden: Benedetti hatte sich selbst als „Antisemit" bezeichnet, Gabriac auf Fotos den Hitlergruß gezeigt. In einer gemeinsamen Erklärung tönten die beiden Gruppierungen Ende Juli, man werde das Verbot „nicht akzeptieren".

Abzuwarten bleibt, welche Umgruppierungen auf der extremen Rechten durch die aktuellen Organisationsverbote befördert werden.

*B.S., Paris* ■

rade Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung fehlen in diesem Aktionsplan weitgehend.

CDU/CSU setzen laut Wahlprogramm „weiterhin auf eine konsequente Politik des Forderns und Förderns. So bauen wir Integrationsversäumnisse und -mängel weiter ab. Unser Fahrplan dafür ist der Nationale Aktionsplan Integration." Das Thema „Schutz" taucht im Wahlprogramm fast nur eindimensional auf – nämlich der Schutz vor Migrantinnen und Migranten, sei es im Zusammenhang von Asylmissbrauch, Integrationsverweigerern oder Straftätern.

Für die SPD führt der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über die Stärkung der Zivilgesellschaft: „Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln." Dies sei eine „gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe", die eines abgestimmten Aktionsplanes bedarf, die „Extremistenklausel" werde abgeschafft und eine unabhängige Monitoringstelle müsse eingerichtet werden, „die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet".

Ähnlich sehen das die Grünen. Auch sie fordern ein mit 50 Millionen Euro ausgestattetes, zukunftsfestes „Programm gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit". Als notwendig erachten sie dabei eine verstärkte Aufklärung und Demokratieerziehung im frühkindlichen Alter, aber auch in der Schule und der Erwachsenenbildung. Es benötige Hilfestellungen, wie man rechter Unterwanderung entgegentreten könne und ein flächendeckendes Angebot zur Opferberatung. Aussteigerprogramme sollten gestärkt werden und die deutsche Sicherheitsarchitektur müsse dringend umgebaut werden. In diesem Zusammenhang müssen Justiz und Polizei stärker für Diskriminierung und Intoleranz sensibilisiert werden und sich interkulturell öffnen, nur so könne der institutionelle Rassismus bekämpft werden. Auch die Grünen fordern das Ende der „Extremistenklausel".

Die Linke will ebenfalls ein Bildungsprogramm gegen Rassismus stärken, die Geheimdienste und den Verfassungsschutz abschaffen und stattdessen eine unabhängige Beobachtungsstelle „Neonazis, Rassismus, Antisemitismus" einrichten. Die Linke erachtet den Kampf gegen die „Prekarisierung" als besten Ansatz gegen Fremdenfeindlichkeit: „Soziale Ausgrenzung und die Entsicherung der Lebensverhältnisse sind auch der Nährboden, auf dem faschistische Politik wachsen kann. Eine wirksame Politik dagegen muss bei diesen Grundlagen ansetzen." Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung ist aus ihrer Sicht ein Kampf

*Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juli/August 2013"* ■

## Asylbewerber in Karlsruhe: Flucht vor Obdachlosigkeit

In Karlsruhe sitzen derzeit 70 Flüchtlinge aus Afghanistan und warten auf einen Asylbescheid. Das Besondere: Allen wurde bereits ein Aufenthaltsrecht in Ungarn zugesprochen. Doch von dort sind sie weitergeflohen. Denn die Zustände in den ungarischen Flüchtlingsunterkünften seien schlichtweg desolat. Vergeblich hatten die Flüchtlinge versucht, dagegen zu protestieren.

Am 12. Juni kam die Flüchtlingsgruppe in die Landesaufnahmestelle Karlsruhe. Zuvor waren sie in Ungarn im Flüchtlingslager Bicske untergekommen. Dort hatten sie sich zusammengeschlossen, um eine bessere Behandlung in Ungarn zu fordern, wo sie akut von Obdachlosigkeit betroffen gewesen seien.

Zwar hatten sie einen Schutzstatus erhalten, „der allerdings nicht viel mehr wert ist als das Papier, auf dem er steht", sagt Armin Schäfer, der die Gruppe mit anderen Mitstreitern in Karlsruhe unterstützt.

Ihre Jahresfrist im sogenannten Pre-Integrations-Camp war abgelaufen. Nun drohte ihnen, ohne jegliche finanzielle oder medizinische Unterstützung auf die Straße gesetzt zu werden.

„Wir haben keine andere Möglichkeit gesehen, als zusammenzubleiben und eine gemeinsame Lösung woanders zu suchen", schreiben die Flüchtlinge in einer Erklärung.

### Flüchtlinge sollen zurück nach Ungarn

Die gegenwärtige Rechtslage sieht nun vor, dass die Flüchtlinge zurück nach Ungarn müssen. Grundlage dafür ist die sogenannte Dublin-II-Verordnung, durch die ein Asylsuchender nur noch einen Antrag in einem Mitgliedstaat stellen kann. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge teilte auf Anfrage der taz mit, dass Ungarn bereits auf das Übernahmeersuchen geantwortet habe. Die Bescheide würden die Flüchtlinge zeitnah erhalten.

Nun rufen die Unterstützer unter anderem die grün-rote Landesregierung Baden-Württemberg dazu auf, für eine humanitäre Lösung zu sorgen. Die Regierung könnte wegen der Situation in Ungarn die Abschiebung für eine bestimmte Zeit aussetzen. Das zuständige SPD-geführte Innenministerium verweist jedoch darauf, noch keine belastbaren Informationen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorliegen zu haben. (Bericht der TAZ)

*Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 23.07.2013* ■

## Offener Brief gegen Abschiebung zeigt Wirkung

HANNOVER. Innenminister Boris Pistorius hat heute einen offenen Brief des Goslarer Vereins „Leben in der Fremde e.V." erhalten. Darin setzen sich die Verfasser für das Aufenthaltsrecht eines achtjährigen serbischen Mädchens und Ihrer Familie ein. Bei dem Mädchen wurde eine Herzerkrankung diagnostiziert. Der Minister ist sehr bewegt von deren Schicksal und dankt den Unterstützern für Ihr beeindruckendes Engagement. Die neue Landesregierung ist sich mit der Initiative in der Zielsetzung einer menschlicheren Ausländerpolitik einig.

Zur Klarstellung der aktuellen Situation: Da es sich im vorliegenden Fall um ein Asylverfahren handelt, ist nicht das Land Niedersachsen, sondern der Bund (BAMF) zuständig. Das Land hat keinen Einfluss auf die fachliche Beurteilung, inwiefern und ob das Mädchen medizinisch in Serbien gut aufgehoben wäre oder ob es zwingend in Deutschland bleiben müsste. Es geht somit nicht um eine von einer niedersächsischen Ausländerbehörde zu treffenden Entscheidung, so dass auch das Innenministerium als oberste Fachaufsichtsbehörde nicht tätig werden kann.

Das zuständige Bundesamt hat festgestellt, dass die Herzerkrankung und die notwendige ärztliche Behandlung aus medizinischer Sicht derzeit auch in Serbien erfolgen könne. Damit kann ein Aufenthaltsrecht in Deutschland nicht gewährt werden. Dieser Auffassung des Bundesamtes ist gemäß der ausländerrechtlichen Vorschriften für die Landesbehörden verbindlich, die insoweit keine eigene Entscheidungskompetenz besitzen.

Der Innenminister bedauert das Prüfungsergebnis des Bundes sehr und begrüßt daher den jüngsten Beschluss des Petitionsausschusses des Niedersächsischen Landtags, wonach die Petition an den Bundestag abgegeben wird und dort noch einmal von der tatsächlich zuständigen Stelle geprüft wird. Der Innenminister hofft, dass der Deutsche Bundestag zusammen mit dem Bundesamt eine humanitäre Lösung für das kleine Mädchen findet.

Solange das Petitionsverfahren nicht abgeschlossen ist, wird der Landkreis Goslar keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen einleiten. Landkreis und Landesregierung tragen Ihren Teil dazu bei, eine gute Lösung zu finden.

*Quelle: Pressemitteilung Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 17.07.2013* ■




Quelle newsetalle-bleiben.info

## Eisenberg: Asylbewerber streiken gegen Missstände

Am Dienstag (30.07.) streikten Bewohner der Thüringer Landesaufnahmestelle in Eisenberg gegen dort herrschende Missstände. Die Vorwürfe reichen von einer mangelhaften medizinischen Versorgung bis hin zu sexueller Belästigung von Seiten des Wachpersonals

Unter dem Leitsatz „Wir sind Menschen – keine Tiere" wandten sie sich mit einer ganzen Liste unglaublicher Vorwürfe an die Öffentlichkeit.

Die Probleme, die angesprochen wurden, seien nicht neu, sagte Antje-Christin Büchner vom Flüchtlingsrat Thüringen gestern auf Nachfrage. „Durch Gespräche mit Asylbewerbern sind uns diese Bedingungen schon länger bekannt. 2010 haben wir eine entsprechende Petition im Thüringer Landtag eingereicht, mit Bitte um Prüfung." Im Mai war der Flüchtlingsrat zu einem Vor-Ort-Termin in Eisenberg. Neben der unzureichenden medizinischen Versorgung gäbe es auch Probleme bei der Ausstattung der Bewohner mit Bekleidung. „Manchmal gibt es nur einmal Unterwäsche, keine Schuhe oder es fehlt die Winterbekleidung", erzählt sie. Auch das Essen sei höchstens eine „schlechte mitteleuropäische Versorgung mit wenig Auswahl". Einige Bewohner hätten sogar berichtet, dass für Kleinkinder keine Breigläser mehr zur Verfügung gestellt worden seien, egal ob sie für eine normale Ernährung schon alt genug gewesen sind oder nicht.

Obwohl die Asylsuchenden in der Regel nur drei Monate in der Landesaufnahmestelle in Eisenberg bleiben, seien die Schilderungen stets die gleichen: „Damit ist für uns schon klar, dass daran etwas dran ist", meint Antje-Christin Büchner.

Bis hin zu Schikanierungen und sexuellen Übergriffen des Sicherheitspersonals auf im Lager lebende Flüchtlingsfrauen reichen die Vorwürfe, die bisher aber nicht zur Anzeige gebracht wurden. „Uns ist in derlei Hinsicht nichts bekannt", sagte Nadine Stenzel von der Polizeiinspektion Saale-Holzland. …

Unterstützung erfuhren die Streikenden am Dienstag auch von der Initiative Menschenrechte aus Jena. „Wir sind schockiert über die Zustände", sagte Sprecherin Stefanie Fitzner. Wenn jemand Hilfe bräuchte, werde sie ihm nicht ¬gewährt, dazu gebe es keine ¬unabhängige Stelle vor Ort, an die sich die Betroffenen wenden könnten, kritisierte sie.

*Quelle: http://thevoice-forum.org 31.07.2013* ■

## Sprachkurse Asylbewerber:

### Viele Flüchtlinge weiter ausgeschlossen

Neues Sprachkursangebot begrüßenswert, aber nicht ausreichend: Fehlende Fahrtkostenübernahme schließt dezentral Untergebrachte aus / Alleinerziehende bleiben außen vor.

Bayernweit werden ab sofort für AsylbewerberInnen und geduldete Flüchtlinge an 40 Standorten Deutschkurse angeboten. Hierfür werden zunächst 1,5 Millionen Euro aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt. Damit eröffnet sich für viele Flüchtlinge, die an einem der Standorte leben, erstmals die Möglichkeit, professionell Deutsch zu lernen. Für die meisten Flüchtlinge besteht bisher erst nach einem positiven Asylverfahren die Möglichkeit, einen Sprachkurs zu besuchen. Der Zugang zu den neuen Kursen ist dagegen schon während des Asylverfahrens und auch mit einer Duldung möglich.

Problematisch ist jedoch, dass das Programm bisher keine Fahrtkostenübernahme vorsieht. Flüchtlinge, die dezentral in ländlichen Gebieten untergebracht sind, bleiben damit außen vor. Dies ist besonders problematisch, da immer mehr dezentrale Unterkünfte abseits von größeren Städten entstehen.

Zugang zu den Kursen sollen zudem nur Personen erhalten, die noch keine Arbeitserlaubnis haben und somit weniger als ein Jahr in Deutschland sind. Personen die länger in Deutschland sind, aber bisher keinen Kurs erhalten haben, sollen an Kursen teilnehmen, die aus Bundes- und EU-Mitteln finanziert werden. Seit 2011 wurden diese Kurse für Flüchtlinge etabliert, die noch keinen sicheren Aufenthalt, aber einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Eine flächendeckende Verbreitung des Angebots ist jedoch nicht gegeben. Zudem ist zu befürchten, dass das Angebot nicht weiter ausgebaut wird oder sogar zurückgefahren wird. Hier ist Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) in der Pflicht.

Für Mütter und Väter, die kleine Kinder betreuen, stellt darüber hinaus die fehlende Kinderbetreuung während der Kurszeiten ein Problem dar. Zwar besteht ein theoretischer Anspruch auf Kitaplätze, diese sind jedoch nicht in ausreichender Zahl vorhanden und werden prioritär an ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchende vergeben.

„Das neue Sprachkursangebot ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, an dem sich andere Bundesländer ein Beispiel nehmen können", erklärt Tobias Klaus vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Viele Flüchtlinge bleiben jedoch ausgeschlossen, da die Kurse zu weit entfernt sind und eine Fahrtkostenübernahme fehlt, da sie alleinerziehend sind und keine Kinderbetreuung erhalten, oder schlicht weil sie schon mehr als ein Jahr in Deutschland sind. Hier müssen Bund, Länder und Kommunen noch stark nachbessern, ansonsten bleibt die sprachliche Ausgrenzung erhalten, auch gut qualifizierte Flüchtlinge erhalten dann meist nur Helferjobs oder bleiben arbeitslos."

*Quelle: Bayerischer Flüchtlingsrat 16.07.0213* ■

## Osnabrück: Kritik an Unterbringunsgkonzept

Der von Innenminister Boris Pistorius angestrebte „Paradigmenwechsel" (HAZ, 27. Mai 2013) ist in Osnabrück bisher nicht angekommen. Dem Ziel von Pistorius, Gemeinschaftsunterkünfte langfristig abzuschaffen, steht der derzeitge Entwurf des Flüchtlingskonzepts sogar entgegen. Wir haben daher den vorläufigen Konzeptentwurf, der in verschiedenen Gremien diskutiert wird, heute online gestellt. Damit und mit dieser Pressemitteilung wollen wir, als migrationspolitisch aktive Initiative der Osnabrücker Studierendenschaft, die zudem an einem wöchentlichen Treffen von Geflüchteten in Osnabrück teilnimmt, eine öffentliche Debatte einleiten und beginnen. In dem neuen Flüchtlingskonzept der Stadt Osnabrück gibt es kaum Verbesserungen zur derzeitigen Situation. Für das Konzept zur Unterbringung von Geflüchteten, welches seit März von der Stadtverwaltung erarbeitet wird, liegt mittlerweile ein Entwurf vor. Aus diesem wird deutlich, dass sich an der derzeitigen Unterbringugssituation kaum etwas ändern soll. Als Regelfall ist für die ersten 24 Monate eine Unterbringung in sog. Gemeinschaftsunterkünften vorgesehen. Erst dann soll ein Umzug in eine Privatwohnung erfolgen. Nur im Ausnahmefall würde eine dezentrale Unterbringung früher erlaubt werden. Wir fordern eine freie Wahl der Unterbringung für Geflüchtete auch innerhalb der ersten 24 Monate. Der Kriterienkatalog, den das Konzept für diesen Zeitraum vorsieht, ist abzuschaffen. Bedürftige Menschen (z.b. bei psychischen Problemen) müssen bei der Wohnungssuche unterstützt werden. Insofern Asylsuchende in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, müssen sie in Einzelzimmern wohnen können. In dem

Konzept der Stadt ist ebenfalls eine „Koordinierungsstelle Flüchtlingsarbeit“ vorgesehen. Wir begrüßen eine soziale Beratung für Geflüchtete. Die geplanten zwei Vollzeitstellen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Eine Betreuung der für Osnabrück prognostizierten 550 Geflüchteten durch lediglich zwei Vollzeitkräfte ist inakzeptabel. Diese darf sich ebenfalls nicht nur auf die Geflüchteten beschränken, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, wie es das Konzept vorsieht.

Wir veröffentlichen daher heute auf unserer Homepage den Entwurf des Konzepts und erhoffen uns damit eine öffentliche Diskussion zu dem Thema, nachdem wir die Mitglieder des Rates der Stadt Osnabrück bereits zuvor angeschrieben haben. Wir sind von den bisherigen Zugeständnissen der Stadt enttäuscht und fordern ein klares Bekenntnis zur dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden in Osnabrück.Dazu schreibt der Flüchtlingsrat Niedersachsen: Die Initiative No Lager aus Osnabrück kritisiert das Unterbringunsgkonzeot für Asylsuchende der Stadt Osnabrück. Ohne Frage stellt das Konzept der Stadt Osnabrück einen guten Ansatz dar und ist im Vergleich zu anderen Kommunen sehr fortschrittlich. Jedoch kritisiert die No Lager Initiative zu Recht u.a., dass die Mindestaufenthaltsdauer in einer Gemeinschaftsunterkunft mit 24 Monaten zu hoch ist. So ist in Hannover vorgesehen, dass Asylsuchende spätestens nach 12 Monaten aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen können.

Mit freundlichen Grüßen
No Lager Osnabrück“

*Quelle: Pressemitteilung No Lager Osnabrück / Flüchtlingsrat Niedersachsen24.07.2013* ■

## Flüchtlinge aus Lampedusa in Hamburg

Ulla Jelpke, MdB für die Linke, kommentiert in ihrer Pressemitteilung:

„Die Bundesregierung und das Land Hamburg schieben sich auf dem Rücken der Flüchtlinge gegenseitig die Verantwortung zu“.

Weiter heißt es:

„Seit Wochen leben rund 300 Flüchtlinge, die im Jahr 2011 aus Libyen nach Italien geflohen sind, unter elenden Bedingungen in Hamburg. Zum Teil müssen sie auf offener Straße übernachten. Das Land Hamburg fühlt sich für sie genauso wenig zuständig wie die Bundesregierung, die ihre schnellstmögliche Abschiebung nach Italien empfiehlt.

In Italien wurde diesen Flüchtlingen so gut wie jede Unterstützung verweigert. Die italienischen Behörden haben ihnen humanitäre Aufenthaltstitel, Bargeld bzw. Fahrkarten in die Hand gedrückt und sie aufgefordert weiterzureisen. Angesichts dieser Vorgänge ist es zynisch, wenn die Bundesregierung behauptet, ‚dass in Italien grundsätzlich ein angemessener Umgang mit Flüchtlingen gewährleistet ist‘. Tatsächlich wurde ihnen in Italien der Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung verweigert. Wenn die Bundesregierung davor die Augen schließt, macht sie sich zur Komplizin dieser Menschenverachtung.

Dennoch hat das Bundesinnenministerium, wie es in der Antwort heißt, dem Hamburger Senat empfohlen, die Flüchtlinge im Rahmen des Dublin-II-Abkommens nach Italien zurückzuschicken. Es hat allerdings festgehalten: ‚Die Letztentscheidung über den Umgang mit den Flüchtlingen lag und liegt jedoch bei den betroffenen Ländern‘, und betont, dass das Aufenthaltsgesetz ‚verschiedene Möglichkeiten für eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen in Deutschland‘ vorsieht.

Die Bundesregierung darf sich aber nicht aus ihrer eigenen Verantwortung stehlen. Nach vorläufigen Zahlen sind vergangenes Jahr 701 Flüchtlinge im Rahmen des Dublin-II-Systems nach Italien abgeschoben worden, im Jahr davor waren es 635. Insgesamt gab es 2012 Rückschiebungen von über 3000 Personen. Das Dublin-II-System muss endlich abgeschafft werden.“ Am Do, 18.07.2013 fand vor dem Hamburger Rathaus eine Protestaktion mit anschließender Demonstration statt. UnterstützerInnen von „Lampedusa in Hamburg” machten mit dem Slogan: „Schluss mit der Ignoranz! Anerkennung der Gruppe „Lampedusa in Hamburg”! Für ein Leben in Würde!” auf die Kampagne §23 aufmerksam.

*Quelle: http://lampedusa-in-hamburg.tk 19.07./21.07.2013* ■

**Demonstration**

**Samstag 17. August 2013**

**14 Uhr Hamburg-HBF**

**(Glockengießerwall)**

## Stuttgart: Flüchtlingsrat unterstützt Protest

**Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unterstützt die Anliegen der protestierenden Flüchtlinge aus dem Main-Tauber-Kreis vor dem Ministerium für Integration in Stuttgart**

Seit Mittwoch, 17. Juli, campieren etwa 40 Flüchtlinge aus dem Main-Tauber-Kreis vor dem Integrationsministerium in Stuttgart. Sie protestieren gegen

➢ schlechte Unterbringungsbedingungen im Landkreis
➢ schlechte Nahrungsversorgung mit Essenspaketen
➢ Kürzung bzw. Streichung des sogenannten Taschengelds
➢ Arbeitsverbote
➢ fehlenden Zugang zu Sprachkursen etc.

In einer Erklärung schreiben sie, dass sie seit 8 Monaten versuchen, Verbesserungen zu erreichen. Das Landratsamt gehe aber auf nichts ein und habe ihr Anliegen bislang nicht ernst genommen. Deshalb haben sie sich entschlossen, vor dem Integrationsministerium zu bleiben, bis auf ihre Forderungen eingegangen wird. Die Flüchtlinge stellen sich auf mehrere Tage bzw. Wochen Protestaktion ein. Das Ministerium hat mittlerweile Kontakt mit dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis aufgenommen und will die dortigen Probleme diese Woche zur Sprache bringen. Integrationsministerin Bilkay Öney sprach am 18. Juli persönlich mit den Protestierenden und zeigte Verständnis für deren Anliegen.

### Eine Humanisierung der Aufnahmebedingungen ist möglich

Seit August 2012 erlauben die vom Ministerium für Integration herausgegebenen „Vorläufigen Anwendungshinweise“ zum Flüchtlingsaufnahmegesetz den Stadt- und Landkreisen, Verbesserungen bei der Unterbringung und Sozialversorgung der Flüchtlinge vorzunehmen. Hierzu gehören:

Geringere Belegungsdichte in den Unterkünften (aktuell müssen die BewohnerInnen der großen Gemeinschaftsunterkunft in Bad Mergentheim auf ca. 4,5 qm pro Person leben)

Unterbringung in Wohnungen,insbesondere bei Härtefällen und Menschen, deren Asylverfahren sehr lange dauert

Umstellung von Sachleistungsversorgung (Essenspakete, Gutscheine) auf Bargeldleistungen.

„Uns ist nichts bekannt, dass im Main-Tauber-Kreis

(im Gegensatz zu zahlreichen anderen Kreisen) davon bisher etwas umgesetzt wurde“ sagte Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats. Das dortige Landratsamt kürzt auch nach wie vor das sogenannte Taschengeld, obwohl das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil vom Juli 2012 klar und deutlich gemacht hat, dass das soziokulturelle Existenzminimum bei Asylsuchenden nicht aus migrationspolitischem Kalkül unterschritten werden darf. Zahlreiche Sozialgerichte haben die Praxis der Leistungskürzungen nach § 1a Asylbewerberleistungsgesetz daraufhin als nicht rechtmäßig erklärt und aufgehoben. In Bayern und Rheinland-Pfalz wird dieses Sanktionsinstrument nicht mehr angewendet, aber immer noch in zahlreichen konservativ regierten Landkreisen in Baden-Württemberg.

**Nicht nur im Main-Tauber-Kreis versuchen Flüchtlinge, sich für bessere Lebensbedingungen einzusetzen**

„In zahlreichen weiteren Stadt- und Landkreisen nutzen die Landratsämter die vom Integrationsministerium geschaffenen Spielräume für eine humanre Flüchtlingsaufnahme nur sehr zaghaft oder gar nicht. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert alle Stadt- und Landkreise auf, die Möglichkeit von verbesserten Aufnahmebedingungen zu nutzen. Asylsuchende Flüchtlinge brauchen Respekt und Solidarität statt Gleichgültigkeit oder Ausgrenzung“, so Angelika von Loeper weiter. Auf der ganzen Welt gibt es über 45 Millionen Flüchtlinge. Die wenigsten davon erreichen sichere Zufluchtsländer. Diejenigen, die es trotz aller Abschottungsmaßnahmen an den Grenzen schaffen, nach Europa bzw. nach Deutschland zu kommen, sollten wir mit Würde und Respekt behandeln und ihnen die Hilfe und Unterstützung bieten, die sie brauchen.

*Quelle: Pressemitteilung http://fluechtlingsrat-bw.de 24.07.2013* ■

## Fight Racism now

**SOLIDARITÄT MIT DEN GEFLÜCHTETEN!**

**Was geschah?**

In Bremen Vegesack wurde am 4.7.2013 auf Antrag der Bürger in Wut (BIW), CDU und FDP eine Sondersitzung des Ortsbeirats einberufen. Das Ziel war, die Einrichtung von Mobilbauten für Geflüchtete im Stadtteil zu verhindern. Dem Aufruf folgten zahlreiche Vegesacker_innen und äußerten sich mehrheitlich rassistisch und menschenverachtend. „Der Bunker Valentin ist groß genug“, rief einer begleitet von höhnischem Gelächter. Die Mauer am Fährer Flur zum angrenzenden Schwimmbad sei „natürlich von Vorteil“, wenn damit Geflüchtete abgegrenzt würden, „Ich als Deutscher bin nicht mehr offen für Integration“ und es wurde „Solidarität mit den deutschen Kindern“ verlangt.

In verteilten Rollen brachten Beiräte und Bürger_innen ihre grundsätzliche Ablehnung gegen Geflüchtete zum Ausdruck und ernteten dafür reichlich Beifall. Es konnten selbst Nazi-Parolen wie „Arbeit macht frei“ geraunt werden. Wer das, wie Beiratsmitglied Sabri Kurt, kritisierte, wurde niedergebrüllt. Beiratsmitglied Cord Degenhard von den „Bürgern in Wut“ fühlte sich „ausgesprochen wohl“.

Die Sitzung beschloss mit den Stimmen von BIW, CDU, FDP und SPD die geplante Unterbringung abzulehnen und endete damit, dass Degenhard mit einem Volksaufstand drohte: „Wenn Sie das weiter durchziehen, dann gibt es nicht nur einen Platz in Istanbul, dann gibt es auch einen Sedanplatz.“

Brandreden und Brandsätze

Es ist kaum 20 Jahre her, dass in der Bundesrepublik Wohnhäuser von Migrant_innen und Unterkünfte von Asylsuchenden fast täglich brannten. Die Angriffe der 1990er waren die mörderische Begleitung einer rassistischen Kampagne gegen Asylsuchende, die von fast allen Parteien und den meisten Medien getragen wurde. Seit 1990 wurden in der BRD über 180 Menschen durch rechte und rassistische Gewalt umgebracht. Erst letztes Jahr gab es in Bremen einen Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Woltmershausen.

Wer sich laut pöbelnd und rassistisch gegen die Unterbringung von Asylsuchenden ausspricht, nimmt billigend in Kauf, dass zu körperlicher Gewalt und Brandsätzen gegriffen wird – oder ruft sogar dazu auf. Menschen auf der Suche nach einem sicheren Ort werden als Belästigung wahrgenommen oder gar zu einer Bedrohung gemacht.




Ein gutes Leben für alle?

Die Gründe, wieso Menschen migrieren, sind vielfältig: Menschen fliehen vor politischer und sozialer Verfolgung, Armut, geschlechtsspezifischer Gewalt oder Kriegen. Sie versuchen, sich vor den desaströsen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen einer Politik und Wirtschaftsweise in Sicherheit zu bringen, deren Zweck die Profitmaximierung ist. Diese bringt hervor, dass wenige in Wohlstand und die Mehrheit in Armut, Abhängigkeit und Unsicherheit leben. Es ist die selbe kapitalistische Wirtschaftsweise, die in der Bundesrepublik dazu geführt hat, dass in den letzten Jahren über 25 % aller Arbeitnehmer_innen für einen Niedriglohn arbeiten und ebenso wie Erwerbslose kaum mehr genug Geld zum Leben haben.

Flucht ist auch ein Ausdruck des Wunsches nach einem guten Leben. Wir solidarisieren uns mit dieser Forderung und finden es selbstverständlich, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu den Ressourcen für ein solches Leben haben sollten – wie z.B. eine gute Wohnung. Deshalb lehnen wir die zwangsweise Unterbringung von Menschen in Sammelunterkünften generell ab und fordern gute Wohnungen und Bleiberecht für alle.

In den aktuellen rassistischen Mobilisierungen wie in Vegesack, Gröpelingen, Obervieland, Berlin-Hellersdorf usw. sehen wir eine reale Gefahr.

Wir fordern alle auf, sich aktiv und entschieden gegen Rassismus zu positionieren und gemeinsam mit antifaschistischen und antirassistischen Initiativen die aktuellen Kämpfe der Flüchtlinge gegen die menschenfeindliche Asylpolitik zu unterstützen!

**Für eine Gesellschaft, in der jede_r gut leben kann – überall !**

*Bündnis „Solidarität mit den Geflüchteten!“*
*Quelle: http://de.indymedia.org 30.07.2013* ■

## Solidarität mit Münchner Hungerstreikenden

Im Nachklang zu der Räumung des Camps der Durst- und Hungerstreikenden in München am 30.06. hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen zusammen mit dem Antirassistischen Plenum Hannover eine Solidaritätserklärung verfasst, die von weiteren Flüchtlingsräten und anderen Organisationen unterzeichnet wurde und den AktivistInnen zugesandt wurde.

Nachdem keine der Forderungen der non-citizens erfüllt wurden, planen sie nun zwei Protestmärsche durch Bayern, um in den Lagern weitere Asylsuchende zu mobilisieren. Die Märsche sollen am 15. August starten und zwischen dem 1. und 5. September in München ankommen. (*Flüchtlingsrat Nds.*)

### Manche Dinge sind einfach nicht verhandelbar!

#### Solidaritätserklärung mit den Aktivist_innen des Münchner Hungerstreikes

Wir, die Unterzeichnenden, erklären unsere Solidarität mit den Aktivist_innen des Hunger- und Durststreikes in München.

Seit gut einem Jahr haben die Proteste der Geflüchteten gegen ein unmenschliches Asylsystem in Deutschland und Europa ein neues Level erreicht.

Essenspakete, Gutscheine, Isolationslager, Residenzpflicht, mangelnde medizinische Versorgung, Arbeitsverbote, Kettenduldungen, Abschiebepraktiken und vor allem die Nicht-Anerkennung der meisten Fluchtgründe – all dies und vieles mehr wurde im vergangenen Jahr ausführlichst von den Refugees/Non-Citizens thematisiert, ist auf den Internetseiten der Aktivist_innen nachlesbar und soll an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt werden. Die Bewegung hat bisher einiges erreicht.

Gegen eine grundlegende Änderung der rassistischen, respektlosen und übergriffigen Gesetze gibt es allerdings den erwarteten erbitterten Widerstand.

Den Hungerstreik der Münchner Aktivist_innen verstehen wir nicht nur als ein Zeichen der Frustration und Verzweiflung aufgrund der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens, der Unfreiheit, der Krankheit, der Isolation, der geforderten Unterwürfigkeit – wir verstehen ihn auch als ein Symbol eines Kampfes, der über „Entgegenkommen“ oder „Zugeständnisse“ in der einen oder anderen Sache hinausgeht.

Es geht ums Prinzip – Es geht um Respekt – Es geht um Würde und Freiheit. Wenn nun diejenigen, die das Camp und die geschwächten Hunger- und Durststreikenden unter Einsatz von Gewalt räumen ließen, behaupten, es ginge um die Rettung der Streikenden und der Rechtsstaat dürfe sich nicht erpressen lassen, so ist dies im doppelten Maße zynisch. Wenn sich Vertreter eines Staates auch nicht erpressbar machen wollen, so steht es Ihnen durchaus frei, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Abschaffung des Gesamtsystems rassistischer Sondergesetze und Verwaltungsvorschriften einzusetzen, statt gönnerhaft den Streikenden einen Brocken hinzuwerfen wie ein Herr seinem Sklaven. Auch eine fehlende Distanzierung oder Ankündigung der Aufarbeitung der brutalen Räumung – bei der nach Aussage der Streikenden auch Kinder anwesend waren, deren schwangere Mutter geschubst wurde und mit einem Baby auf ihren Armen zu Boden fiel – stärkt den Eindruck, dass es vielmehr darum ging, eine zunehmend öffentlichkeitswirksame Aktion zu beenden, bevor sich durch einen Todesfall der öffentliche Druck weiter erhöht oder weitere Proteste ausgelöst werden.

Respekt und ein menschenwürdiges Leben in Freiheit sind globale Rechte und nicht verhandelbar!

#### Europaweite Repression erfordert europaweite Kämpfe!

Wir grüßen die Münchner Aktivist_innen und wünschen Ihnen viel Kraft für die kommende Repression und die transnationalen Proteste, die für 2014 geplant sind! Antirassistisches Plenum Hannover

*Flüchtlingsrat Niedersachsen Juli 2013*

**UnterzeichnerInnen:**
Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative Berlin | Bayerischer Flüchtlingsrat e.V., | Flüchtlingsrat Berlin e.V. | Flüchtlingsrat Brandenburg e.V. | Flüchtlingsrat Hamburg e.V. | Flüchtlingsrat Thüringen e.V. | Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA) | Antifa RK Wunstorf | Bon Courage e.V. (Borna) | Infomobil Hamburg

*Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 31.07.2013* ■

## Erfolg Flughafenblockade:

#### Widerstand gegen Abschiebungen wächst!

Die gestrigen kurzfristigen Aktionen und die Mobilisierung des Netzwerkes „Stopp Deportation“ im und um den Flughafen Tegel bewerten wir nach der Verhinderung der Abschiebung von Usman Manir als erfolgreiche Fortsetzung der Kampagne gegen menschenunwürdige Abschiebungen und rechtswidrige sowie illegale Methoden der Abschiebebehörden in Kollaboration mit Flughafenbetreiber_innen und Fluggesellschaften. Wir kündigen schon jetzt an, dass Abschiebungen und rechtswidriges, menschenverachtendes Handeln für die daran beteiligten Akteur_innen und Profiteur_innen auch weiterhin nicht ohne Folgen und legitime Protestformen bleiben wird. Der Widerstand wird weiter wachsen. Die Taktik in Kleinstgruppierungen in und um den Flughafen zu agieren erwies sich als richtig. Die Polizei fand außer Platzverweisen und repressivem Handeln keine adäquate Verhinderungsstrategie.

Alle drei Aktionsformen, die spontane Kundgebung auf der Zufahrtsstraße zum Flughafen, die Proteste vor dem Abschiebegewahrsam des Flughafens, wie auch die Flyerverteilaktion am Gate A04 haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Tausende Passagiere konnten so erreicht und über die menschenverachtende Abschiebepraxis sowie illegale und rechtswidrige Methoden kollaborierender Abschiebebehörden sowie die Unterstützung durch Flughafenbetreiber_innen und Fluggesellschaften aufgeklärt werden. Dabei ging es um den staatlichen Menschenhandel und deren Profiteur_innen, die über illegale und rechtswidrige sowie mit betrügerischen und verlogenen Methoden beschaffte, zur Abschiebung notwendige Ersatzdokumente bis hin zu Nazimethoden der Kopfvermessung zur angeblichen Feststellung der vermeintlichen Herkunft betrieben wird. Aber auch um die Aushebelung von Anwält_innen der Geflüchteten sowie der Gewährleistung von Fristen und ihren Rechten oder die Kollaboration mit Amtsgerichten oder Amtsärzten, die der Abschiebemaschinerie zuarbeiten.

Der weiter zunehmenden illegalen und rechtswidrigen Abschiebepraxis und -methoden der herrschenden Politik, die einzig dazu dient, den letzten Rest einer Scheinasylgesetzgebung auszuhebeln und einzig auf Abschiebungen zu setzen, wird verstärkter, legitimer Widerstand und Protest folgen. Dass die Polizei gestern durch ihr chaotisches und repressives Handeln bei der rechtswidrigen Auflösung der spontanen Kundgebung einschließlich folgender Demonstration mit anschließender Personalienfeststellung zusätzlich zum Erfolg der Flughafenblockade beigetragen hat, ist schon paradox. Der eigentliche Erfolg ist aber neben vielen Solidaritätsbekundungen die Zusage von Passagieren des Fluges nach Doha im Falle von Abschiebungen aktiv werden zu wollen. Neben Beschimpfungen und rassistischen Kommentaren, gab es eine ganze Reihe Passagiere, die durchaus Verständnis für die damit verbundenen Verspätungen zeigten, die für sie in keinerlei Verhältnis zu den lebensbedrohlichen und weitreichenden Folgen für die abgeschobenen Geflüchteten standen. Mit der abschließenden Kundgebung vor dem Haupteingang mit Samba-Band bis zum endgültigen Abflug des Fluges nach Doha und der Gewissheit, dass sich keine Geflüchteten im Flieger befinden, wurden weitere Passagiere erreicht. …

Wir werden verstärkt weitermachen und uns weder von der menschenverachtenden Politik noch den repressiven Maßnahmen ihrer Behörden einschüchtern lassen. Wir werten den gestrigen Tag als Beweis dafür, dass nicht nur empfindliche Störungen der Abschiebemaschinerie möglich sind. Wo Behörden, Polizei, herrschende Politik, sogenannte Sicherheitsdienste und sogar Gerichte innerhalb Deutschlands und in Europa zusammenarbeiten, um ihnen illegalisierte Menschen davon abzuhalten, ihr Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen, da können entschlossene direkte Aktionen eingreifen und, wie bei der verhinderten Abschiebung von Usman Manir im Juni sowie gestern eindrucksvoll bewiesen, Abschiebungen zum Desaster machen.

Niemand ist illegal! Bleiberecht für alle! Abschiebungen und Abschiebeknäste abschaffen!

*Quelle PM: http://asylstrikeberlin.wordpress.com 30.07.2013* ■

### IDA-Fachtag:

# NSU-Morde – alles bleibt so wie es ist?

**Gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen aus den NSU-Morden für Jugendverbände und die rassismuskritische Bildungsarbeit**

Die Enttarnung der Zwickauer Neonazi-Zelle im November 2011 war in mehrerlei Hinsicht ein gesellschaftlicher und politischer Schock: Die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen den NSU-Mordfällen kam für Ermittlungsbehörden und Beobachter überraschend, deckte Ermittlungsfehler und Vorurteilsstrukturen auf und stellte die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden grundsätzlich in Frage. Trotz der wichtigen Arbeit in Untersuchungsausschüssen sind wirksame politische Konsequenzen bisher kaum erkennbar und findet eine Diskussion über gesellschaftliche Folgen häufig ohne die Perspektive der Opfer sowie von Vereinen junger Migrant_innen und anderen Migrantenselbstorganisationen statt.

Für die Familien und das persönliche Umfeld der Opfer kam hinzu, dass sie über Jahre verhört und verdächtigt wurden, da ihnen eine Mitwirkung an den vom NSU verübten Morden unterstellt wurde. Darüber hinaus hat sich schleichend das Lebensgefühl vieler – insbesondere türkeistämmiger – Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Lande verändert. Sie mussten realisieren in ihrem Alltag potenzielle Opfer von Gewalttaten zu sein und von Ermittlungsbehörden quasi unter Generalverdacht gestellt zu werden.

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA), die DIDF-Jugend und der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) veranstalten am Dienstag, den 08. Oktober 2013 in Hannover einen gemeinsamen Fachtag. Die drei Verbände gehen der Frage nach, welche gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen (Jugend-) Verbände und Migrantenselbstorganisationen aus den NSU-Morden ziehen und welche pädagogischen Konsequenzen sich für eine rassismuskritische Bildungsarbeit ergeben.

Die Veranstaltung dauert von 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr und beginnt nach einer kurzen Einführung mit einem Vortrag des Journalisten Mehmet Ata zur Wahrnehmung der NSU-Morde in migrantischen Communities. Am Nachmittag schließen sich Workshops zu Unsicherheit und Bedrohung im Alltag, zu Vorurteilen und Rassismus auf staatlicher Seite und in den Medien sowie zu pädagogischen und politischen Reaktionen auf fehlende Teilhabechancen und Diskriminierungen an. Die Veranstaltung findet im Freizeitheim Vahrenwald statt. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist bei vorheriger Anmeldung kostenlos. Eine Anmeldung ist per E-Mail an info@ida-ev.de möglich.

Weitere Informationen und das genaue Programm finden sich unter: www.ida-ev.de/aktuelles/veranstaltungen/fachtag-nsu-morde.html

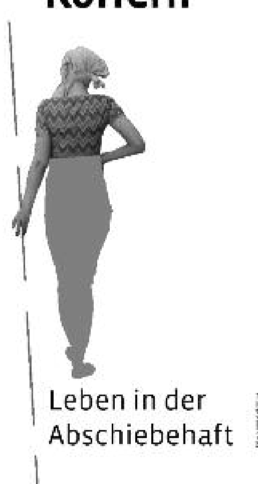
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA)

*www.IDAeV.de | www.IDAeV.de*

### Wanderausstellung

# „Auf gepackten Koffern"

Liebe Freundinnen und Freunde, nun ist es endlich soweit: Die 2008 von der Initiative gegen Abschiebehaft und dem Flüchtlingsrat Berlin entwickelte Wanderausstellung „Auf gepackten Koffern – Leben in der Abschiebehaft" wurde völlig überarbeitet und kann wieder entliehen werden! Die ursprünglich auf das Berliner Abschiebegewahrsam fokussierte Ausstellung hat nun das System Abschiebegewahrsam der ganzen Bundesrepublik im Blick und bezieht außerdem flüchtlingspolitische Entwicklungen in der EU mit ein.




In der Ausstellung berichten acht Inhaftierte von ihrem Alltag in der Abschiebehaft. Sie werden auf zwei Meter hohen Stellwänden porträtiert, ihre Interviews lassen sich an dem jeweilig zugehörigen Stuhl in Form eines Booklets nachlesen. Zusätzlich bietet die Ausstellung Daten und Fakten zur Abschiebehaft sowie zur Asylpolitik von BRD und EU. Für die Ausstellung wird ein Raum in der Größe eines Klassenzimmers benötigt. Das Auf- und Abbauen sowie der Transport ist dank des neuen Rollbannersystems sehr einfach.

Wenn Ihr die Ausstellung ausleihen und in Schulen, Vereinen, Organisationen etc. zeigen möchtet, schreibt uns eine Mail an: brezger@fluechtlingsrat-berlin.de

*N.Brezger und M.Mauer für den Füchtlingsrat Berlin e.V.*
*www.fluechtlingsrat-berlin.de/abschiebehaft.php*

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

## Generationenkonflikt in der Landsmannschaft Schlesien

Junge Freiheit Nr. 29/13 vom 12. Juli 2013

Wir berichteten bereits in der letzten Ausgabe von der Kündigung, die das „Haus Schlesien" in Königswinter gegenüber der Landsmannschaft Schlesien ausgesprochen hat. Nun widmet das Blatt dieser Auseinandersetzung eine ganze Seite. Inzwischen hat sich der Konflikt innerhalb der Landsmannschaft verschärft – aus dem Vorstand sind im Laufe weniger Wochen der CDU-Politiker Michael Pietsch, Peter Großpietsch und Christian Kuznik zurückgetreten. Eine Ursache der Auseinandersetzung ist die Mitteilung der niedersächsischen Landesregierung an die Landsmannschaft, der angekündigte Zuschuss von 50 000 Euro für das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft werde nur fließen, wenn auf der Veranstaltung „der Versöhnungsgedanke" im Vordergrund stehe. Das niedersächsische Innenministerium wollte den Redeentwurf des Vorsitzenden der Landsmannschaft Rudi Pawelka vor dem Deutschlandtreffen sehen. Das Blatt berichtet, in der Rede seien Passagen enthalten, die weder von der rot-grünen Landesregierung noch vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) gebilligt werden. Der BKM ist dem Kanzleramt unterstellt und ist die zweite Finanzierungsquelle für das Deutschlandtreffen. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Rudi Pawelka erklärte dazu: „Wenn ich meine Rede so umgeschrieben hätte, wie die das wollten, wäre ich doch unglaubwürdig geworden, die Leute hätten mich ja nicht mehr wiedererkannt." Pawelka hält an der traditionellen revanchistischen Linie des Verbandes fest – mit der Folge, dass das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft ein Seniorentreffen geworden ist. Die Vertreter der niedersächsischen Landesregierung und der Bundesregierung sagten kurz vor dem Deutschlandtreffen ihre Teilnahme ab.

Die jüngere Generation, die wie das ehemalige Vorstandsmitglied Pietsch, 54 Jahre alt, längst im Westen der Bundesrepublik geboren sind, wollen diesen Kurs nicht mehr mittragen. Die Ostverträge sind längst Geschichte. Die Westgrenze Polens nicht nur durch den bilateralen Vertrag gesichert, sondern Polen ist mit den bestehenden Grenzen inzwischen Mitglied der EU, es herrscht Freizügigkeit in beide Richtungen. Pietsch erklärte, „gerade die junge Generation in Schlesien suche heute nach den Spuren ihrer Geschichte. Das sei eine große Chance für die Heimatvertriebenen, etwas von dem über die Zeit zu retten, was ihre Kultur ausmache. Mit einer Aneinanderreihung von Vorwürfen gegen die polnische Seite gelinge das jedoch nicht." Bundes- wie Landesregierungen haben kein Interesse an einem Verband, der diese Tatsachen nicht anerkennt, sondern über seinen Silesia-Laden im Haus Schlesien rechtsradikale Schriften verkauft.

Das Haus Schlesien erhält seine Grundfinanzierung aus dem Bundeshaushalt sowie weitere Zuschüsse aus Niedersachsen und von der Stadt Königswinter. Wenn diese Zuschüsse gestrichen würden, könnte das Haus nicht überleben. Also ist das Haus Schlesien an einem guten Verhältnis zur Bundesregierung interessiert und will dieses nicht durch revanchistische Sprüche aufs Spiel setzen. Deshalb möchte es „keinen Fall mit irgendwelchen politischen Auseinandersetzungen, die zwischen Veranstaltern und Zuwendungsgebern entstehen, in Zusammenhang gebracht werden." Durch die Bücher, die die Landsmannschaft in ihrem Laden vertreibt, werde das Haus belastet, weil viele meinen, der Laden gehöre zum Haus Schlesien.

## Euphorie über AfD legt sich wieder

Jungen Freiheit Nr. 30 bis 32, 2. August

Nach der euphorischen Berichterstattung über die AfD Ende Juni hat das Blatt anscheinend auch Druck von den Lesern bekommen. In einem Lesereinspruch auf Seite 2 des Blattes heißt es am 19. Juli:

„Leider kann ich dem Leitartikel auch nach nochmaligen Lesen nichts abgewinnen! Denn Merkel ist eben doch alternativlos. Auch wenn die AfD die Fünfprozenthürde bewältigen sollte, dürfen es wohl kaum mehr als eine Handvoll Abgeordnete sein. Die nächste Frage wäre die nach der Attraktivität als Koalitionspartner. Mit ihrer Fundamentalkritik am Euro steht die AfD allein da."

Zwei Seiten weiter: „Die AfD will mehr Programm wagen": „Die Alternative für Deutschland hat es geschafft. Knapp 80 000 Unterschriften konnte die Euro-kritische Partei in den vergangenen Wochen sammeln. Sie kann damit in allen 16 Bundesländern zur Bundestagswahl antreten … Die Partei will weg vom Bild einer Ein-Themen-Formation. Zwar bleibe der Euro das bestimmende Wahlkampfthema, dennoch habe die AfD mehr zu bieten."

Das ist faktisch ein Eingeständnis einer großen Schwäche. Eine Partei, die in den Bundestag einziehen will, muss zu vielen Themen Positionen haben.

In den neusten Nummer steht gar unter der Überschrift: „Wir geben nicht auf": „Sommerloch, NSA-Abhöraffäre und seine unangreifbare Kanzlerin im Urlaub. Keine sonderlich gut Bedingung für eine Partei, die vor allem mit ihrer Kritik an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung punkten will. Die Alternative für Deutschland hat ein Problem … Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Insa attestierte der AfD jüngst ein Wählerpotential von fünf Prozent. Zuwenig, um sicher in den Bundestag einzuziehen."

## „Alte Pracht und Herrlichkeit"

Junge Freiheit, Nr. 30-31, 19. Juli

In einem einseitigen Artikel wirbt das Blatt für den Bau des Berliner Schlosses. Der Autor rezensiert das Buch von Richard Schneider, dass in diesem Jahr mit historischen Photographien erschienen ist. Der ganzseitige Artikel besteht zu dreiviertel aus Bildernachdrucken aus dem Buch. Der Autor spricht von „zwiespältigen Gefühlen". Trotzdem hofiert das Blatt den alten Adel.

*jöd, uld* ■


**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich … Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507